



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

01.03.1932 (Nr. 39)

50 000 Versammlungen

München, 29. Februar. Aus einer Mitteilung im „Völkischen Beobachter“ geht hervor, daß während des Wahlkampfes für die Reichspräsidentenwahl von der NSDAP. jeden Abend 3000 Versammlungen abgehalten werden sollen, insgesamt also rund 50000. Mit Millionen Broschüren und 12 Millionen Zeitungsannoncen werden verteilt werden. Außerdem sollen eine Million Bildplakate angehängt werden.

LMZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. Fernsprecher Domscheide 25878.

Die LMZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.50 frei Haus, durch die Post zuzügl. 30 Pfg. Beiliegend. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Ansperrung usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespartene mm-Zeile RM 0.10, auswärts RM 0.12, im Viertel RM 0.05, auswärts RM 0.07. Stellengeld RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Plakatschriften ohne Verbindlichkeit.

Der Mittelstand steht auf

Bierstreik im ganzen Reich – Die Bäcker wehren sich – Vor einem allgemeinen Lichtstreik
Revolte in der Volkspartei und SPD

Lichtstreik im Reich?

Streikleitung für den Reichslichtstreik gebildet.

Berlin, 29. Februar. Der Vorstand des Reichsartikels des selbständigen Mittelstandes wird für alle in den Lichtstreik getretene Orte eine Zentralstreikleitung bilden, die für die örtlichen Aktionen Richtlinien aufstellen wird. Diese Richtlinien sollen jeweils die örtlichen Erfahrungen ergänzen. Es sollen sofort Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen werden mit dem Ziel der Senkung der Wertgebühren, der öffentlichen Tarife und aller öffentlichen Abgaben, an die sich bisher die Regierung und der Preiskommisär nicht heranwagten.

Die Beschlußfassung über den Eintritt in einen Lichtstreik ist Sache der örtlichen Organisationen. Das Reichsartikels des selbständigen Mittelstandes wird für alle in den Lichtstreik getretene Orte eine Zentralstreikleitung bilden, die für die örtlichen Aktionen Richtlinien aufstellen wird. Diese Richtlinien sollen jeweils die örtlichen Erfahrungen ergänzen. Es sollen sofort Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen werden mit dem Ziel der Senkung der Wertgebühren, der öffentlichen Tarife und aller öffentlichen Abgaben, an die sich bisher die Regierung und der Preiskommisär nicht heranwagten.

Die Beschlußfassung über den Eintritt in einen Lichtstreik ist Sache der örtlichen Organisationen. Das Reichsartikels des selbständigen Mittelstandes wird für alle in den Lichtstreik getretene Orte eine Zentralstreikleitung bilden, die für die örtlichen Aktionen Richtlinien aufstellen wird. Diese Richtlinien sollen jeweils die örtlichen Erfahrungen ergänzen. Es sollen sofort Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen werden mit dem Ziel der Senkung der Wertgebühren, der öffentlichen Tarife und aller öffentlichen Abgaben, an die sich bisher die Regierung und der Preiskommisär nicht heranwagten.

Die Regierung versagt!

Allgemeiner Bierstreik für Neumünster beschlossen.

In einer am gestrigen Sonntag stattgefundenen, sehr stark besuchten Versammlung der Wirtinnung Neumünsters fand über den Bierstreik und über die Notlage des Gewerbes eine erregte Aussprache statt. Scharf geäußert man das nach Ruhe und ausdauernde Verhalten der Regierung, der man die Erkenntnis über die Notlage des Gewerbes abpredigen müsse. Zu bedauern sei, daß von Seiten der Spitze des Gewerksverbandes keine klare Entscheidung gekommen sei. Eine einheitliche Verhandlung und ein einheitlicher Beginn in der Provinz und im Reich erhöhe die Schlagkraft. Folgender Antrag fand geschlossenen Annahme:

„Die freie Innung der Gast- und Schankwirte von Neumünster und Umgebung beschließt, daß sie grundsätzlich bereit ist, aus Gründen der ererbtenen Art, des Existenzkampfes und der Sozialgerechtigkeit in allen allgemeinen Bierstreik bis zur Entscheidung einzutreten. Der Tag des Beginns ist innerhalb 4 Tagen zu bestimmen, um die Entwicklung in der Provinz, in Hamburg und Berlin zu überleben.“

Einen nur vierstägigen Sympathiestreik lehnt die Innung Neumünster ab, da die Wirkung nicht schlagkräftig genug erscheint.“

Handel- und Gewerbetreibende für Bier- und Lichtstreik.

Berlin, 29. Februar. Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden teilt u. a. mit: Eine vom Bund der Handel- und Gewerbetreibenden e. V. und seinen 21 angeschlossenen Verbänden einberufene Abgeordnetenversammlung hat am Montag einstimmig beschlossen, die Mitglieder des Bundes, die Flächenbier feilhalten, anzuweisen, bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit den Verkauf von Flächenbier einzustellen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, in den Lichtstreik einzutreten.

Belastung der Bäcker

Berlin, 29. Februar. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine am 28. Februar in Kraft getretene Verordnung des Reichskommisars für Preisüberwachung über die Weizenbrot bei Preiserhöhungen im Kleinhandel mit Brot.

Von Kommunisten erstochen

In Tessin (Mecklenburg) wurden Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen. 3 Nationalsozialisten mußten mit schweren Verletzungen nach Rostock überführt werden. Einer davon erlag bald darauf seinen schweren Stichverletzungen, der zweite schwebt in Lebensgefahr.

SS-Mann Robert und SA-Mann Damsus + Hamburg, 29. Februar. Im Dienste der Bewegung für ein freies Deutschland haben der 24jährige SS-Mann Henry Robert aus Hamburg und der SA-Mann A. Damsus aus

Danach sind Preiserhöhungen nur nach schriftlicher Anmeldung bei der zuständigen Preisoberbehörde zulässig. Die Anmeldung hat durch die örtlichen Innungen oder örtlichen Händlerverbände zu erfolgen. Eine Preiserhöhung darf frühestens drei Tage nach erfolgter Anmeldung (ohne Einschränkung von Sonn- und Feiertagen) erfolgen. Bei der Anmeldung ist der bisher gültige, ferner der in Aussicht genommene Preis und schließlich der Grund für die Preiserhöhung anzugeben. Zuwiderhandeln wird mit Geldstrafe bestraft.

Volkspartei in heller Auflösung

Berlin, 29. Februar. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Volkspartei, Stadtverordneter Dr. Richard Fals, hat einen Aufruf an die Mitglieder und bisherigen Wähler der Deutschen Volkspartei gerichtet, in dem es heißt:

„Die Entwicklung der Deutschen Volkspartei ist in den letzten Jahren immer mehr von dem Wege abgewichen, der ihr als Sühnerin derjenigen Gedankenwelt gewiesen war, deren Vorhaben sein bei ihren Gründern die ihre Entschlossenheit verbandte. Angesichts der inneren Zweifelsplitter, die sich bei den jüngsten Entscheidungen erneut offenbart hat, ist das Vertrauen der Wählerschaft zu der Führung der Deutschen Volkspartei vollends untergraben worden. Man hört allenthalben die These von der nunmehr nachgerade sprichwörtlich gewordenen politischen Unzuverlässigkeit und Charakterlosigkeit der gegenüber angesichts der aller Welt bekannten Tatsachen entsprechende Gegenbeweise nicht mehr ins Feld geführt werden können. Niemand ist mehr in der Lage, den Zerfall der Partei zu verhindern.“

Diese Überlegung hat mich nach genauerer Überprüfung zu dem Entschluß geführt, mein Amt als Wahlkreisvorsitzender des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Volkspartei niederzulegen, meinen Austritt aus der Partei zu erklären, und mich der Deutschen Nationalen Volkspartei anzuschließen. Ich weiß mich eines Sinnes mit den weitesten Kreisen der bisherigen Wähler der DVV. Ich bin überzeugt und weiß, daß meine Entscheidung ihre rückhaltlose Zustimmung und auch ihre Gefolgschaft finden kann. Im Anschluß an diese Erklärung haben gleichzeitig ihren Austritt aus der DVV. und ihren Uebertritt zu der Deutschen Nationalen Volkspartei, dazu der verantwortliche Schriftleiter der volksparteilichen Zeitschrift „Berliner Stimmen“, Werner Pfeiffer.

Rageburg ihr höchstes Opfer, ihr Leben gegeben.

Vg. Robert wurde, nachdem er auf dem Nachhauseweg von 4 Reichsbannerleuten überfallen war, von einem Schupo in Haft genommen. Als der Beamte zu Fall kam und Vg. R. mit zu Boden rief, glaubte der Schupo sich angegriffen und schoß unseren Parteigenossen nieder, der bald darauf in Krankenhaus der schweren Bauchverletzung erlag.

Während des Dienstes ist am Sonntag Vg. Damsus mit dem Motorrad bei dem Dorfe Ziepen b. Rageburg tödlich verunglückt. Mit ihm erlitt ein SA-Mann schwere und drei weitere Kameraden leichte Verletzungen.

Von allen Seiten des Reiches laufen Proteste gegen diese Maßnahme ein, die das Vädergewerbe auf das schwerste belasten.

Wirtschaftspartei Baden-Baden aus der Reichspartei ausgetreten.

Baden-Baden, 28. Februar. Die Ortsgruppe Baden-Baden der Wirtschaftspartei hat den Beschluß gefaßt, aus der Reichspartei auszutreten. Der Beschluß ist eine direkte Folge der Haltung der wirtschaftsparteilichen Fraktion im Reichstag.

Die Ortsgruppe Gumbinnen gibt bekannt, daß sie einmütig den geschlossenen Beitritt zur Deutschen Nationalen Volkspartei beschloß.

Der frühere Reichstagsabgeordnete, Reichsmilitär a. D. von Kaumer, hat sich bereits seit längerer Zeit von der Parteiarbeit zurückgezogen und nunmehr seine Streichung in den Mitgliederlisten der Partei veranlaßt, ohne sich zunächst einer anderen Partei anzuschließen.

Meuternde SPD-Anhänger

Wie man erfährt, sind neuerdings bei der SPD. Bestrebungen im Gange, „mindestens im ersten Wahlgang“ einen eigenen Kandidaten aufzustellen, das es sich herausgestellt habe, daß für weite Teile der Sozialdemokratie die Propaganda für Hindenburg untragbar ist.

In vielen Ortsgruppen der Sozialdemokratie hat man sich offen gegen die Anordnungen des Parteivorstandes aufgelehnt, weil man es für notwendig hält, daß die Sozialdemokratie mindestens im ersten Wahlgange einen eigenen Kandidaten aufstellt. Sozialdemokratische Abgeordnete, die in der Agitation Erfahrung haben, versichern, daß bei dem Verzicht auf eine eigene Kandidatur im ersten Wahlgange es nicht möglich sein werde, die Mehrzahl der organisierten Sozialdemokraten an die Wahlurne zu bringen, ganz abgesehen von den vielen sozialdemokratischen Mitläufern, auf die die Parteileitung ohnehin ja nur einen ganz geringen Einfluß ausüben kann. Die Kämpfe in den Ortsgruppen dauern noch an. Vergeblich ist von sozialdemokratischen Organisationsleitern aber bereits offen erklärt worden, daß sie keinerlei Werbearbeit leisten würden, wenn nicht wenigstens im ersten Wahlgang ein eigener Kandidat der Sozialdemokratie aufgestellt werden würde.

Geht es denn überhaupt um Hindenburg?

Geht es bei der Reichspräsidentenwahl überhaupt um Hindenburg? Nein und nochmals nein! Die Parteien des Systems haben es lediglich verstanden, den greisen Reichspräsidenten für ihre Ziele einzufangen und ihn der unpolitischen Masse als Kandidat für Einigkeit und Wiederaufstieg zu präsentieren. Jetzt wird, da das Fieber des Wahlkampfes zu steigen beginnt, im ganzen deutschen Reiche auf riesengroßen weißen Plakaten mit schwarzer Schrift für Hindenburg getrommelt. Es wäre interessant, zu erfahren, wer die Millionenkosten für diese von Berlin ausgehende Wahlpropaganda finanziert. Wenn man sich daran erinnert, welche Stellen seinerzeit den Propagandalampf der Regierung gegen die nationalsozialistische Anti-Front finanziert haben, dann kommt man auf allerhand Gedanken, die nicht gerade sytemfreundlich sind. Denn am Ende kann man sich doch schlecht vorstellen, daß ein nationalsozialistischer Arbeiter, Bauer oder Bürger entzückt wäre, wenn er beim Anblick eines solchen Plakates vermuten müßte, daß es vielleicht sogar durch seine eigenen Steuertröden bezahlt worden sei.

Der Text dieser Plakate zeigt die ganze Verlogenheit und Heuchelei aller Parteien, die sich hinter dem breiten Rücken Hindenburgs verstecken. Da steht man: „Gegen das System der Uneinigkeit! Wählt Hindenburg!“ Sie fühlen sich nicht, die Hosenbündler und die schwarzen Exzentriker, daß sie sich mit diesen Worten selbst ins Gesicht schlagen, weil doch das System der Uneinigkeit das System von heute ist, das System des kapitalistischen marxistischen Kampfes, das demokratische System des Parteifügels und der parlamentarischen Korruption. Wer gegen dieses System der Uneinigkeit sein will, der darf also nicht Hindenburg wählen, weil nach dem Willen seiner Hintermänner, Hindenburgs Aufgabe darin erblickt wird, dieses heutige System zu verewigen.

Es ist wirklich ein unerträgliches Gedankes, jetzt Tag für Tag mit ansehen zu müssen, wie Hindenburgs Name in der unerantwortlichsten und rücksichtslosesten Art von den Verfechtern seiner Kandidatur in die politische Dredlinie gezogen wird. Wie die Sozialdemokratie den Sozialismus mißbraucht, um ihr marxistisches Bonzenrum dem Arbeiter sympathisch zu machen, wie das Zentrum die Religion mißbraucht, um seine schwarze Futtertruppenpolitik fortsetzen zu können, so mißbrauchen beide jetzt gemeinsam den Namen Hindenburgs, nicht um das Volk, sondern um ihre völkseindlichen Parteien zu retten und zu verhindern, daß mit einem Siege Adolf Hitlers die Abrechnung für all jene Schrecken ereignet, die sie seit ihrem Befehlen auf dem Gewissen haben.

Der politische Sinn der Kandidatur Hindenburgs ist nichts anderes, als der Wille zur Verhinderung der Entscheidung, zur Bewerigung der heutigen Parteiherrschaft und damit zur Vergrößerung der Volksnot und der deutschen Unfreiheit. Niemand wird davon zweifeln, daß bei einem Siege Hindenburgs die parlamentarische Kasse im alten Trost nach der alten Manier von denselben Parteien als Kaffee weiter in den Dred gefahren wird! Niemand wird hoffen, daß mit einem Siege Hindenburgs neue Männer, neue Ideen

und neue Erfolge eintreten können! Im Gegenteil, Hindenburgs Kandidatur hat ja nur die Parole: „Es soll alles so bleiben wie es ist!“

Das wollen wir aber nicht. Es soll nicht so bleiben wie es ist, sondern es soll unter allen Umständen anders werden! Das ist unser unerschütterlicher Wille, mit allen Kräften dafür zu kämpfen, und zu werden, daß die Politik und die Politiker, die seit dem November 1918 am Ruder sind, endgültig zu verschwinden haben, weil sie mit ihren Taten schon tausendmal unter Beweis stellten, daß sie den Aufgaben nicht gewachsen sind, die die Schicksalsstunde des deutschen Volkes erfordert.

Wer Hindenburg wählt, wählt Brüning! Wer Hindenburg wählt, wählt Seegering!

Wer Hindenburg wählt, wählt die schwarze Diktatur, in der unser Vaterland außen wie innenpolitisch, kultur wie wirtschaftspolitisch unaufhaltsam und zwangsläufig dem Chaos entgegengetrieben würde. Zentrum und Sozialdemokratie sind keine politischen und staatsbildenden Parteien. Sie sind die Schrittmacher des Bolschewismus!

Wer Hindenburg wählt, stützt diese Parteien! Diese Parteien aber werden mit ihrer fernen Weltwirtschaft den Weg freimachen für die proletarische Diktatur nach jüdisch-asiatischem Vorbild.

Wer Hindenburg wählt, wählt damit die Möglichkeit, daß das parlamentarische Deutschland bei fortgesetzter Verarmung dem roten Kandidaten Thälmann ans Messer geliefert wird!

Hindenburg repräsentiert als Sieger von Tannenberg die Vergangenheit. Als Reichspräsident repräsentiert er die Gegenwart. Aber die Zukunft Deutschlands, die Zukunft eines deutschen Deutschlands repräsentiert er nicht. Diese Zukunft liegt vielmehr einzig und allein in den Händen des Schöpfers der nationalsozialistischen Idee, des Erweckers unserer Nation zu neuem Leben und neuer Tatkraft. Nur Adolf Hitler kann die Zukunft in anti-bolschewistischem Sinne gestalten!

Es geht in dieser Entscheidungsschlacht gar nicht um Hindenburg! Die Parteien, für die er kandidiert, haben nicht nur organisatorisch, sondern vor allen Dingen auch geistig restlos abgewirtschaftet. Diese Interessenten der „Staatsverhaltung“ Mitte, bei denen sich die SPD-Bonzen jetzt auch einschließen, sehr zur „Freude“ ihrer Gefolgschaft im Lande, werden zwangsläufig durch die radikalen Flügel der bolschewistischen und der nationalsozialistischen Idee aus dem Sattel gehoben. Der einzige Kampf, der heute für Deutschland noch Sinn hat, ist der Entscheidungsschlacht zwischen Adolf Hitler und dem kommunistischen Kandidaten. Alles andere ist nur parlamentarische Kulissen-schere und Vorzeremonie vor dem nationalsozialistischen Saatsentscheidungsfall. Der über muß man sich klar sein, wenn man das Begehren und Gewinnen der schwarz-roten Eintracht hört. Diese Burken haben noch niemals ein deutsches Land gehabt und sie haben noch niemals etwas für Deutschland getan. Am 9. November 1918 haben sie die feigste Widerstandsfrente erdacht. Sie haben den Separatismus hochgezogen und organisiert. Sie haben den Versailles Plan unterschrieben, den Damesplan propagiert und sogar den Sieger von Tannenberg dazu bewogen, den Youngplan zu unterzeichnen. Aus der schwarz-roten Politik ist das namenlose Elend erwachsen, unter dem die Massen des Volkes zusammenbrechen, unter dem die Wirtschaft ausstirbt und unter dem die deutsche See stirbt.

Jetzt hat uns das Schicksal die Chance in die Hand gegeben, mit einem einzigen gewaltigen Schlag dieser Front des Systems das politische Rückgrat zu brechen. Deshalb vorwärts! Kämpfen und arbeiten wir für den Kandidaten der deutschen Freiheit, für Adolf Hitler!

Weil er der einzige ist, der die November-

verbrechen und Separatisten zur Verantwortung ziehen kann!

Weil er der einzige ist, der für immer den Sieg des Bolschewismus in Deutschland verhindern wird!

Weil er der einzige ist, unter dem wir Freiheit und Ehre unseres Volkes zurückerobern können!

Japan nimmt die Ostbahn

Moskau, 22. Februar. In Zusammenhang mit den von Sowjetrußland an die japanische Regierung gestellten Fragen in der Angelegenheit der japanischen Truppenbeförderungen auf der chinesischen Ostbahn hat der japanische Botschafter Hirota dem stellvertretenden Außenminister Karasawa erklärt, daß die japanische Regierung bisher noch keine genauen Nachrichten des japanischen Oberkommandos in Moskau erhalten habe. Besondere Umstände hätten die japanische Regierung jedoch gezwungen, Truppen nach der östlichen Linie der chinesischen Ostbahn zu entsenden. Wegen der Unruhen in Chabin und anderen Städten hätten die dort lebenden etwa 20.000 japanischen Staatsangehörigen die japanische Regierung um Schutz gebeten. Aus diesem Grunde würden japanische Truppen bis zum Bahnhof Jinsen (etwa 100 Kilometer östlich Chabin), unter besonderen Umständen bis zum Bahnhof Tschailin entsandt werden.

Erfolgreicher Vormarsch der Japaner.

Schanghai, 29. Februar. Nach einer Meldung aus japanischer Quelle ist die japanische Infanterie nach einem Massenangriff bis drei Kilometer westlich von Kiangwan vorgestoßen und hat in Tschapei Fuß gefaßt.

Japanisch-chinesische Verhandlungen an Bord eines englischen Kreuzers.

London, 29. Februar. Auf Anregung des englischen Admirals Kelly und Sir Wils Lampons fanden an Bord des englischen Kreuzers „Kent“ japanisch-chinesische Verhandlungen statt, deren Ergebnis der japanischen und chinesischen Regierung mitgeteilt wurde. Bei den Verhandlungen waren anwesend der japanische Admiral Kurama, der frühere chinesische Außenminister Dr. Wellington Koo und der Staatschef der 19. chinesischen Division.

Waffenstillstand in Shanghai.

Schanghai, 29. Februar. Der japanische General in China hatte eine längere Zu-

sammenkunft mit dem japanischen Oberbefehlshaber der Schanghai-Truppen, Uyada, und dem englischen General in China, Leder-Lampson. Er erklärte, von Tokio bestimmte Anweisungen erhalten zu haben, wenn möglich die Errichtung von Waffenstillstandsverhandlungen mit den Chinesen unter folgenden Bedingungen in die Wege zu leiten:

1. Wenn die Chinesen sich hinter die bereits festgelegte 20-Kilometer-Zone zurückziehen, ist Japan ebenfalls zur Zurückziehung bereit.

2. Der Rückzug soll durch einen Austausch japanischer und chinesischer Offiziere überwacht werden, dem nötigenfalls auch neutrale Beobachter zugeteilt werden können.

3. Eine allgemeine Vermittlungskonferenz ist einzuberufen, an der außer den japanischen und chinesischen Vertretern auch alle anderen Mächte, deren Interessen in Schanghai betroffen sind, teilnehmen sollen. Der englische General fuhr am Sonntag gleich nach Beendigung der Sitzung nach Kiang, wo er sich mit Tchang Kai Schel und Vertretern der chinesischen Regierung über die japanischen Vorschläge unterhalten wird. Ein Waffenstillstandsvertrag kommt aber nur bei einer Zurückziehung der japanischen Truppen und einer Befragung der neutralen Zone durch neutrale Militär in Frage.

Die Lage in Ostibirien.

London, 29. Februar. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Chabin, daß die russischen Vorbereitungen zur Befreiung der mandchurischen Grenze bereits weit vorgeschritten seien. Die Russen hätten ausgebeutete Schützengraben geschaffen. Die Hauptangriffspunkte der russischen Streitkräfte seien Wladimirof, Chabarow, Tschit und Tschita. Es sei beinahe unmöglich, daß Japans nach Wladimirof oder Chabarow zu erhalten.

„Angriff“ auf sechs Tage verboten

Berlin, 27. Februar. Der Polizeipräsident von Berlin hat die nationalsozialistische Zeitung „Der Angriff“ bis zum 4. März einschließ-lich verboten.

Beschwerde gegen das „Angriff“-Verbot.

Berlin, 29. Februar. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hindel, der von Berlin sowie der Verlag und die Schriftleitung des „Angriffs“ haben sich wegen des Verbots des „Angriffs“ sofort beschwerde-führend an den Reichspräsidenten, den Reichs-länder, den Reichsinnenminister und an das Reichsgericht gewandt. In der Beschwerde wird u. a. gesagt, daß es sich bei der Ver-öffentlichung lediglich um eine kommentarische wiedergegebene Äußerung von einer Ver-

sammlung handele, die bereits eine volle Woche zuvor von dem Berliner Polizeipräsident genehmigt, öffentlich im Berliner Westen im gleichen Wortlaut plaktiert und seit einigen Tagen im „Angriff“ in eben dem gleichen Wortlaut angehängt worden sei.

Hindenburg wird nicht antworten

Berlin, 29. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat das Schreiben Adolf Hitlers nach Kenntnisnahme und Prüfung der darin enthaltenen Beschwerden dem Reichsminister des Innern zugeleitet.

Das Reichskabinett zum Zolltarif

Berlin, 29. Februar. Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung u. a. auch mit der Frage des sogenannten Oberzolltarifs

zum Zolltarif beschäftigt. Es handelt sich dabei um tarifliche Maßnahmen gegen diejenigen Länder, die deutsche Waren bei der Einfuhr unterschiedlich behandeln. Die Verhandlungen des Reichskabinetts über die Frage dürften voraussichtlich bereits in kürzester Frist abgeschlossen werden.

Die nationalen Sowjets!

Unter der Losung „Rußen, laßt rußische Ware!“ agitiert die Sowjetpresse für den Ausbau von großen Zeeplantagen in Grusien. In diesem Jahre sollen 20.000 Hektar Zeeplantagen in Grusien neu angelegt werden. Zusammen mit den bisherigen Plantagen sollen bis zum Ende dieses Jahres 40.000 Hektar mit Tee bepflanzt werden. Es ist vorgesehen, im zweiten Fünfjahresplan die Befreiung des Reiches von Tee aus schließlich von russischen Feldern durchzuführen.

Wenn aber die Engländer schreiben: „Engländer, laßt englisch!“ dann ist das Nationalismus. Und wenn gar wir Nationalisten fordern, „Deutschland den Deutschen!“ dann ist das Faschismus! — Heilige Einfalt der KPd.

Zur Ansprache Hitlers an die ausländische Presse.

London, 29. Februar. In seiner Unterredung mit den ausländischen Pressevertretern, denen er seinen Brief an den Reichspräsidenten von Hindenburg erläuterte, erklärte Adolf Hitler, wie „Daily Express“ ergänzend berichtet, u. a. noch: „Er protestierte aufs heftigste gegen die Auffassung, daß eine Machtregierung durch ihn und seine Partei in irgendeiner Weise die guten Beziehungen zwischen Deutschland und auswärtigen Mächten schädigen würde. Im Gegenteil sei es sein fester Glaube, daß diese Beziehungen sich dann verbessern würden, daß seine Wahl in keiner Weise den Weltfrieden gefährden würde, ausgenommen natürlich dann, wenn irgendein Staat absichtlich seine Wahl als eine Herausforderung und eine Gefahr zu betrachten wüßte.“

Die vereinigten vaterländischen Verbände zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 29. Februar. Der Gesamtvorsitz der vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands nahm zur Reichspräsidentenwahl am 27. Februar 1932 folgende Entscheidung an:

„Die politische Gesamtlage Deutschlands hat sich von Jahr zu Jahr in gefährdeter Weise verschlechtert. Das heutige System hat sich als völlig unfähig erwiesen, der Lage Herr zu werden. In seinem Daleinschlag braucht Deutschland nicht nur einen Repräsentanten, sondern einen Führer. Gefährdung ist denker Mensch unumwider, Darum Einhalt aller Kräfte schon im ersten Wahlgang. Niemand darf der Wahl fernbleiben; aber seine Stimme dem Kandidaten eines Systems, dessen Erfolgslosigkeit feststeht und unter dem unser Volk rettungslos dem Untergang zusehnet.“

„Das andere Deutschland“ verboten.

Berlin, 29. Februar. Eine der gemeinsten passivsten Wochenschriften, „Das andere Deutschland“ ist am Sonntag vom Polizeipräsidenten wegen eines Artikels über die Veröffentlichung des „Echo de Paris“ in der Angelegenheit Kreier und von Offiziell bis zum 26. Mai verboten worden.

Von heute auf morgen

2. Fortsetzung Ein Roman aus unserer Bewegung

„Ja. Er ist vor einer halben Stunde gegangen.“

„Und was hat er festgestellt?“

„Etich im Hinterkopf. Mehrere Schläge mit einem scharfen Gegenstand über die hintere Schädeldecke. Schwere Gehirnerschütterung. Das Krankenauto muß jeden Augenblick eintreffen.“

Die Augen gingen wieder zu dem Verletzten. Es war ein junger Mann von höchstens 25 Jahren, mit schmalen, bläulichem Gesicht. Der rechte Armel seines braunen Hemdes hing in Fäden herunter. Schulter und Kragen waren mit Blut verklebt.

„Koppel, Feldflasche und Uhr haben sie ihm geraubt!“ sagte der Scharführer, zu dem Fremden gewandt.

„Wer hat das getan?“ erkundigte sich dieser. „Kommunisten. Eine verteilte Gesellschaft. Dieses ist nicht der erste Fall und wird voraussichtlich nicht der letzte sein.“

Während Otto von der Heid sich einige Notizen machte, knarrte die Treppe. Gleich darauf klopfte es. Zwei Krankenträger traten ein.

Von dem Geräusch gewacht, schlug der Verwundete die Augen auf und schaute sich groß, verständnislos, als finde er sich noch nicht zu recht, im Zimmer um. Der Scharführer ging zu ihm und nahm ihn bei der Hand.

„Es wird bald wieder besser gehen, Kamerad, Kopf hoch!“

Wieder gingen die Augen durch die Stube, aber diesmal mit einem ängstlich gespannten Ausdruck des Suchens. Nun blieben Sie auf dem Gesicht des Scharführers haften. Die

Lippen bewegten sich. Der Scharführer beugte sich zu ihm hinunter.

„... marschieren ... morgen ...“

Soviel war aus den mühsamen Lauten zu verstehen. Und dann noch zwei Worte — Otto von der Heid fühlte, wie ihm etwas die Kehle zuschnürte —, die er nie vergaß:

„Heil Hitler!“

Ein Leuchten flog über das blaße Gesicht. Die Hand, die sich mühsam ein wenig erhoben hatte, sank herab.

Die Krankenträger fahnten zu. Schweigend setzte sich der kleine Zug in Bewegung die Treppe hinunter.

In schweren Gedanken folgte Otto von der Heid in der Richtung, in der das Auto davon-gesfahren war. Er hatte sich wohl von seinem Begleiter verabschiedet, hatte einige bedauernde, herzliche Worte zu ihm gesprochen und sich die Adresse des Verletzten geben lassen. Er entsann sich dessen nicht mehr deutlich. Er stand immer noch im Gemiste am Bett in der kleinen Stube und hörte den Schwerverletzten mit Aufbietung der letzten Kraft sein „Heil Hitler!“ predigen.

Einer von denen, die über sich hinausgewachsen sind. Die mit dem Namen des Führers auf den Lippen zu sterben wissen.

In dieser Stunde wußte Otto von der Heid: diese Männer werden Deutschland freimachen, oder niemand sonst. Und — während er stehen blieb, wie es seine Gewohnheit war, — wenn ihn ein Gedanke stark beschäftigte: Jetzt brauche ich mich nicht mehr zu schämen, ein Deutscher zu sein! —

Er hatte sich in irgendeine Trambahn gesetzt und war irgendwo ausgestiegen, in Gedanken noch immer bei dem verwundeten SA-Mann.

Eine Kirchenguhr schlug Elf. Eigentlich sollte ich jetzt schlafen gehen, um morgen zeitlich früh zu sein, ging es ihm durch den Kopf.

Aber noch ehe er den Gedanken zu Ende gedacht hatte, fuhr er sich unwillkürlich mit der Hand über die Stirn, glaubte zu träumen ...

Raum zehn Schritte von ihm entfernt ... nein, er träumte nicht ... das war ... da stand ... ja, da stand wirklich die Frau, die er vor wenigen Stunden im Traume gesehen!

War nicht überlebensgroß und nicht im faltigen Gewand, sondern schmal und schlank, mit dunklem Mantel und ebenbürtigem Hut. Sie stand da, als ob sie auf die Trambahn wartete.

Ohne sich lange zu besinnen, ging Otto von der Heid auf die Dame zu, zog den Hut, nannte seinen Namen — für heute schon zum zweiten Male, dachte er und kam sich wie von einer unsichtbaren Macht gelodden vor — und sagte:

„Guten Abend! Verzeihen Sie ... ich habe Sie heute schon einmal gesehen. Es ist sehr merkwürdig. Verzeihen Sie vielmals!“

Sie antwortete nicht gleich, schen übertrauf, vielleicht auch peinlich berührt. Aber sie schaute ihm offen ins Gesicht! Und da erkannte er auch ihre Augen wieder, wie er sie im Traume gesehen hatte.

„Sie sind es bestimmt!“ versicherte er mit einer fast komisch erscheinenden Hartnäckigkeit. Wenn sie nur erst reden wollte, dachte er, dann wäre ich meiner Sache vollkommen sicher. Sie tat ihm den Gefallen. Eine klavergelbe, feste Stimme gab ihm die letzte Befestigung.

„Was wollen Sie eigentlich von mir?“

„Ich sage Ihnen ja ...“

... daß Sie mich heute schon einmal ge-

sehen haben und daß es merkwürdig war. Ich finde nichts Merkwürdiges dabei, daß man jemand zweimal an einem Tage begegnet.“

„Begegnet nicht. Das ist es ja. Geträumt. Nichtig geträumt. Im O-Zug. Dreißig Kilometer vor Braunschweig! Finden Sie das nicht merkwürdig?“

Sie schaute ihn von unten her an, so, als ob sie leise zweifelte an seiner Zurechnungsfähigkeit. Er deutete ihren Blick ganz richtig und beugte sich zu sagen:

„Halten Sie mich, bitte, nicht für so blöde, wie ich Ihnen in diesem Augenblick wahrscheinlich vorkomme. Wollen Sie mir gestatten, daß ich Sie ein Stück Wegs begleite und mich Ihnen deutlicher erkläre?“

„Nein, ich danke Ihnen. Ich warte hier auf die Elektrische und habe es sehr eilig, nach Hause zu kommen.“

„Aber wenn ich Ihnen sage, daß mir sehr viel daran gelegen ist, mich fünf Minuten mit Ihnen zu unterhalten ...“

Es war irgend etwas in der Stimme, das sie bewog, ihn nicht kurzerhand stehen zu lassen.

„Also gut. Weil Sie so schön bitten.“

„Das ist nett von Ihnen. Das ermutigt mich. Sie zu bitten, mit mir hier in der Nähe vielleicht eine Tasse Kaffee zu trinken.“

Sie überlegte einen Augenblick.

„In Anbetracht meiner dünnen Schuhsohlen und des zu erwartenden Schnees bei längerem Stehenkonvent sage ich auch dazu ja — unter der Bedingung, daß die Aufklärung Ihres Geheimnisses nicht länger als höchstens eine Viertelstunde in Anspruch nimmt!“

Er vertrappte es, und sie gingen in ein etwa hundert Schritt entferntes Kaffeehaus, das einen soliden Eindruck machte.

(Fortsetzung folgt)

Greszinski der Verkannte

Die Begründung des letzten „Angriffs“ Verbotes hat dem Herrn Polizeipräsidenten von Berlin, dem Mann von der „Eisernen Front“, Albert Greszinski, Selbsten gegeben, seine für uns allerdings durch aus nicht maßgebliche Meinung über allerhand Fragen zu äußern.

In einem Teil dieser mehr als sonderbaren Begründung kommt das langjährige SPD-Mitglied auch auf die Art und Weise, wie zur Zeit der politische Tageskampf geführt wird, zu sprechen, und er beklagt sich bitter darüber, daß die Nationalsozialisten in so wenig vornehmer Form ihre Angriffe gegen ihre Gegner vom Stapel ließen. Als Beispiel führt er die bekannte Redewendung seines Genossen Cripian an: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt“. Herr Greszinski versucht uns nun klar zu machen, daß dieser Satz, den wir schwarz auf weiß beifügen, dem Sinne nach von uns absichtlich entstellt wäre. Das kann uns allerdings nicht ganz einleuchten, denn wenn ein Mann sagt, bzw. schreibt: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt“, so bedeutet das immerhin mit anderen Worten gesagt, Deutschland ist nicht mehr oder weniger als alle anderen Länder der Welt. Ich bin nicht Deutscher, sondern Weltbürger.“ Der Urheber dieser Gedanken muß also, wenn er es ehrlich meint, ein Pazifist überflüssiger Sorte sein. Daran ändert auch der Verstoß des Herrn Polizeipräsidenten, den Dingen einen weit harmloseren Anstrich zu geben, nichts. Herr Greszinski wird sich damit abfinden müssen, daß er mit dieser seiner, wir betonen es noch einmal, nicht maßgeblichen Ansicht allein im Kreise seiner „Eisernen Front“ steht.

Um aber weiterhin vom Verbot des „Angriffs“ zu sprechen, so fragen wir Herrn Albert Greszinski, ob er immer so ehrlichen Willens ist, wie in diesem Falle, den Dingen die beste Seite abzugewinnen. Das scheint uns nicht der Fall zu sein, denn fahn und tapfer, wie ein Polizeipräsident nun einmal sein muß, deutet er auf die Götterrede im Reichstag hin. Romischer, besser gesagt, allzuverfälschter Weise, konnte er hier die „vornehme Linie“ natürlich nicht wahren, sondern mußte ausdrücklich unserem Berliner Gauleiter, Dr. Goebbels, die Abficht unterstellen, den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg vorläufig beleidigt zu haben. Wir weisen hierhin vorwurfsvoll als völlig ungerechtfertigt zurück, denn die Forderung des amtlichen Reichstagsprotokolls hat ergeben, daß die von Dr. Goebbels angeblich gemachten Ausbeurteilungen gänzlich gefallen sind und das ist um so leichter verständlich, da gerade die Sozialdemokraten es für richtig fanden, ihre Abneigung in lauten Wutgeheul und parlamentarischen Gemeinadel Ausdruck zu geben. Demnach muß es also lächerlich eine Behauptung „wider besseres Wissen“ genannt werden, sollte auch weiterhin mit diesen verfaßten Argumenten gearbeitet werden.

Im übrigen raten wir den Herren Sozialdemokraten, insbesondere Herrn Greszinski, das nächste Mal die Mißfallensäußerungen bis zum Schluß der Rede aufzubewahren, so werden am besten Strafreife, die nachher oft nur schwer richtiggestellt werden können, am besten vermieden. Sollte es den Berliner „Allgemein“ dennoch gelingen, Kritik zu üben, so bitten wir ihn uns ist es durch diverse Motorenordnungen leider unmöglich gemacht, uns wiederum zu sprechen auszubringen, die Rede des Herrn Reichstagspräsidenten, der zu unseren Abgeordneten Koblenberger, er habe 1918 noch nicht gewußt, wo sein Vaterland war, einmal näher in Augenlicht zu nehmen. Die Tausende von Bällen und anderen Auslandsdeutschen wären für eine Klärung dieses Auspruchs, den man wohl als ziemlich eindeutig bezeichnen kann, sehr dankbar.

Standards des Vorgehen gegen Herbert Vold!

Köln, 28. Februar. Herbert Vold, der bekannte Aktivist und Vorkämpfer des Landvolkkampfes in Schleswig-Holstein, der seinerzeit vom System auf Grund des veralteten „Sprengstoffgesetzes“ zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, befindet sich seit einiger Zeit zur Herbeiführung eines klinischen Oberglanzes über seinen Krankheitszustand und zur Behandlung in der Universitätsklinik in Köln. Ohne daß die preußische Staatsanwaltschaft auch nur das Unrechtsgefühl abwartet, wurde Herbert Vold heute im Krankenhaus von drei Kriminalbeamten zur Einlieferung in das Zuchthaus Münster i. W. verhaftet. Bei der Verhaftung hatte Vold allerdings derartiges Fieber, daß die Klinik ihn nicht für transportfähig erklären konnte, da, bei steigender Temperatur ohne ärztliche Überwachung Lebensgefahr bestehen könne. Man darf gegenseitig sein, ob das System es wagen wird, den Kranken Vold ins Zuchthaus zu verschleppen. Die Standards fahren noch heute in Urzusammenhang amher, Frontsoldaten und Freiheitskämpfer sollen unter Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens in die Zuchthäuser. Auch eine Illustration zur politischen Lage!

Die Angestellten im Entscheidungskampf

Ein Treuebekenntnis der deutschen Angestellten.

Während die Afa- und Gedag-Verbände einhellig das DVB. für Rettung des disziplinären Systems für eine Wiederwahl Hindenburgs einigen, hat der nationale ADL (Reichsbund Deutscher Angestellten-Verbände) an die gesamte Angestelltenchaft den dringenden Appell gerichtet, eine einzige Angestelltenchaft zu bilden, die die deutsche Arbeiterbewegung, sondern nur der deutschen Freiheitsbewegung. In dem Verbandsorgan des ADL, „Der Deutsche Angestellte“, nimmt nunmehr der ADL-Bundesführer Dr. Erich Schmidt in einem Aufruf, „Macht ein Ende!“ zu der Reichspräsidentenwahl Stellung. Es ist für die gesamte Angestelltenchaft von größter Bedeutung, was hier von der nationalen Angestelltenbewegung zur Reichspräsidentenwahl gesagt wird. „Macht ein Ende! Auch die Dialektik eines Bechly“, so heißt es u. a., „vermag die Angestelltenchaft nicht mehr zu verwirren. Fort mit diesem System, dessen Weilensteine die sprunghaft anwachsende Arbeitslosigkeit bis zu dem heutigen namenlosen Jammer sind. Deutschland regieren, heißt Deutschland ernähren. Wer der deutschen Nation nicht den Platz an der Sonne im Leben der Völker wieder zu verschaffen vermag, der hat abzutreten.“

In erfreulicher Deutlichkeit begrüßt der ADL die Einbürgerung Hitler mit folgenden Worten: „Daß diese Einbürgerung Hitlers unbedingt erreicht werden mußte, ist für eine Selbstverständlichkeit. Nur eine — um es notorderungsgemäß auszudrücken — unverständliche Bestimmung konnte dem Mann das formale Staatsbürgerrecht vorenthalten wollen, der für Deutschland als Frontsoldat gekämpft und gebüht und der es in den schmachvollen Jahren des deutschen Niederganges verstanden hat, breite Volksmassen zum nationalen Kampf gegen den kaiserstehenden Marxismus zusammenzuführen.“

Auch zur Sonderlandtagswahl nimmt der ADL in dem Aufruf seines Bundesführers Stellung, indem er schon heute erklärt: „Kommt es zu einem zweiten Wahlgang, dann ist es selbstverständlich, daß gemäß den tatsächlichen Verhältnissen alle nationalen Stimmen für die Kandidatur der stärksten nationalen Richtung in die Wahlgänge geworfen werden müssen. Denn über den Wünschen jeder einzelnen Richtung steht das Vaterland, steht die Notwendigkeit, ein Ende zu machen und aufzuräumen mit dem seiterrigen System. Für die Freiheit der Nation! Für das kommende Reich nationaler Wunden und nationalen Selbstbehauptungswillens!“

Der Aufruf des ADL gegen die Wiederwahl Hindenburgs hat ein wahres Wutgeheul bei den rot-schwarzen Angestelltenvereinigungen ausgelöst. So ist im „Deutschen Angestellten“, davon zu lesen, daß „Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften und des DVB, die Wahlparole des ADL dadurch abschwächen sucht, daß er den ADL als „gelbe“ Organisation verleumdet. Recht treffend erklärt hierzu „Der Deutsche Angestellte“:

„Der Schwindler, wir seien „gelb“, wir lebten „von der Gnade Eugenbergs u. Co.“ — wie „Der Deutsche“ so schon sagt, — zieht nicht mehr. Diese Waage ist genau so abgemessen wie die fortgesetzten Behauptungen der sozialistischen Gewerkschaften, Hitler und seine Bewegung würden von der Schwerindustrie ausgehen, oder wie die freche und dreiste Lüge der „christlichen“ Gewerkschaften, Hitler wolle die deutsche Arbeiterchaft in ein Hörigkeitsverhältnis zurückwerfen.“

„Der Deutsche“ glaubt in seinem Angriff gegen den ADL, prophetischen zu können, „daß die meisten nationalen Angestellten Hindenburg wählen werden“. Dazu schreibt „Der Deutsche Angestellte“:

„Am 13. März 1930 unterzeichnete Hindenburg gegen den Willen des nationalen Deutschlands den Young-Plan. Am 13. März 1932 werden die nationalen Angestellten den Beweis erbringen, daß sie, da es sein muß, auch gegen Hindenburg mit dem Einfluß aller Kraft für das kommende Deutschland kämpfen.“

Interessant übrigens ist, daß in der gleichen Nummer des „Deutschen“, in der der Angriff gegen den Aufruf des ADL gebracht ist, direkt darunter ein Angriff auf die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation folgte. Gegen die Annahme der Reichsleitung der Betriebszellenorganisation vom 10. Februar, in der es heißt, die Zellen müssen so stark sein, um alle lebenswichtigen Arbeiten bei jedem Gelegenheit selbst ausführen zu können, erklärt „Der Deutsche“:

„Bei einem eventuellen Widerstand der Arbeiter, wie beim Rapp-Putsch, unmöglich gemacht werden. Natürlich geht auch die Anweisung wieder unter der Parole: Wider den Marxismus. Das ist die Falsche, die den dunklen Hintergrund verbergen soll.“

Auch diese Angriffe gegen die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation hält „Der Deutsche Angestellte“ fest und erklärt dazu:

„Da wird also der Rahe die Schelle umgehängt. Geht der nationalen Freiheitsfront die Machtgreifung, dann will man anscheinend ähnlich den Vorgängen beim Rapp-Putsch durch die Ausrufung eines Generalstreiks die nationale Regierung niederzuringen versuchen. Nach der Meinung des „Deutschen“ muß man fast annehmen, daß zwischen den „freien“ und „christlichen“ Gewerkschaften bereits entsprechende geheime Vereinbarungen für diesen Fall bestehen. Sie mögen vereinbaren, was sie wollen. Die Arbeiterchaft in der deutschen Freiheitsfront und unser ADL in der Angestelltenchaft sind gemeinsam stark genug, auch dem scheinbar bestehenden Plan eines solchen Schurkenentzuges zu begegnen.“

Wir pflichten dem ADL, dessen Reichsgelächtsstelle sich in Berlin SW 11, Dörfner Straße 19, befindet, durchaus bei, daß alle Wahnvisionen der politischen und gewerkschaftlichen rot-schwarzen Front nichts mehr helfen werden. Deutschland ist erwacht!

Die Landesverrats-Broschüre der Sozialdemokratie

Wehrsabotage und Umsturz — Das sind die Ziele der marxistischen Bräutigamer.

München, 29. Februar. Es ist geradezu toll, mit welcher jüdischen Dreistigkeit die roten Volksverführer Empörung heucheln, wenn ihnen der programmatische Landesverrat ihrer Partei vorgehalten wird. Selbstverständlich müssen diese Abneigungsmandate nichts. Sie können die zahllosen dokumentarischen Beweise für die von der SPD betriebene planmäßige Zersetzung des deutschen Selbstbehauptungswillens nicht abschütteln. Besonders vernichtend ist die von Dr. Goebbels in seiner Reichstagsrede erwähnte Druckchrift: „Sozialdemokratie und Wehrproblem“, die als Sonderheft des „Kassenkampfes“ am 24. Januar 1929 vom Reichstag aus (!) verbreitet wurde, und zwar unter Mitarbeit der heute noch zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehörenden Abgeordneten Graf, Fleißner und Kubitz. Wir entnehmen dieser Broschüre folgende Stellen:

„Die Sozialdemokratie kämpft nicht für die Selbstbestimmung des deutschen Volkes, sie kämpft für die Befreiung des Proletariats. Die deutsche Sozialdemokratie wird sich dabei auch, wenn die historische Situation es erfordert, nicht vor dem zu fürchten haben, was das Strafrechtsgesetz hoch und das Verbandsrecht niedrig nennt. Der Vorwurf des Landesverrats ist nichts gegenüber einer Partei, die keine Pflichten gegenüber Land und Nation, die Pflichten lediglich gegenüber der Klasse des Proletariats hat.“

Nach deutscher wird die Broschüre dort, wo sie die sozialdemokratischen Richtlinien für eine aktive Sabotage der Landesverteidigung bekannt gibt:

„Dieses Ziel (einer Währungsreform) kann die Sozialdemokratie nur erreichen, indem sie die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzt. Es wird Aufgabe des Proletariats sein, die Waffen der Herrschenden zu zerstören, soweit es möglich ist, zu zerstören, und sie für sich nutzbar zu machen. Erweist sich das als undurchführbar, dann müssen wir diese Waffen zu zerstören, unbrauchbar zu machen strachten. Und darüber hinaus

müssen wir uns eigene Arsenale vorbereiten und auslasten. Das gilt für alle Machtmittel. Das gilt auch für Wehrmacht!“

Das also ist die wahre Zielrichtung der sozialdemokratischen Politik, mit deren Stimmen das Kabinett Brüning jedoch wieder vor dem Umsturz des erwachten Deutschland noch einmal gerettet wurde. Das sind die gleichen Marxisten, die ein gelientes Entzerrungsgeld erhoben, als ein Nationalsozialist in seiner Reichstagsrede Veranlassung nahm, auf die Entzerrung dieser SPD-Landesverratsbroschüre hinzuweisen, die sowohl Herr Brüning wie Herr Groener offenbar nicht als Staatsgefährdung ansehe. Und noch eine Frage: Wo ist das bürgerliche Blatt, daß der Wahrheit die Ehre geben und der Feinde über den Inhalt des sozialdemokratischen Verbandsdokumentes unterrichten würde? Diese Blätter gibt es nicht. Sie sind alle systemförmig und müssen — schweigen.

Polizeibeamter als polnischer Spion

Danziger Polizeibeamter als polnischer Spion. Danzig, 29. Februar. Die letzten erzielten auf einerregende Verhaftung eines Danziger Polizeibeamten zeigt, daß Polen sogar innerhalb des Danziger Polizeipräsidiums seine Agenten und Spione hat. Der 55 Jahre alte Botenmeister Johann Suchski, der seit 1921 beim Polizeipräsidium tätig war und dort eine besondere Vertrauensstellung innehat, hatte fast die ganze ausgehende Post des Polizeipräsidiums zu erledigen. Es ist der dringende Verdacht entstanden, daß er von dem Inhalt der Briefe im Interesse Polens Kenntnis nahm und sogar Kopien dieser Briefe an polnische Kreise weitergegeben hat. Suchski wird am morgigen Dienstag beim Vernehmlichster zur Unternehmung vorgeführt.

Rotmord in Berlin

Berlin, 29. Februar. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag kam es in Berlin wieder zu planmäßigen Überfällen kommunistischer Terrorgruppen auf Nationalsozialisten.

Zwei Nationalsozialisten wurden schwer und mehrere leicht verletzt. Die Polizei hat 120 Personen festgenommen, doch gelang es ihr nicht, die Täter zweier besonders gemeiner Überfälle auf Nationalsozialisten festzunehmen.

2000 Menschen am Grab eines ermordeten SA-Mannes

Wien (Zube), 29. Februar. Unter Teilnahme von rund 2000 Trauernden wurde die Leiche des von einem politischen Gegner ermordeten Hofbesizers Arthur Wiegels aus Rönne im Friedhof seines Kirchplatzes zu Niedermarkt an der Elbe am Freitag bestattet. Der Sarg war mit der Flagge der NSDAP geschmückt, zwei Parteigenossen hielten die Totenwache. Seiner Trauerrede legte Pastor Boh-Büttel das Wort zugrunde: „Ich lebe und ihr sollt auch leben“. Dann bewegte sich der Leichzug zum Friedhof, unter Beibehaltung des Reitervereins Wintermarkt folgten dem Sarge nicht weniger als 1400 SA-Leute aus ganz Osthammer. Am Grab angekommen, sprach Pastor Veste einige Worte und erinnerte daran, daß der Ermordete vier Jahre den Krieg mitgemacht hat, von dem er unbeschädigt zurückgekehrt ist, und nun in der Heimat, mitten im laufenden Leben habe ihn die mörderische Kugel getötet. Im Anschluß daran sprachen noch einige Parteigenossen. Der Täter befindet sich noch auf freiem Fuß.

Bayern und die Biersteuer

München, 29. Februar. Der „Regensburger Anzeiger“ beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Biersteuerentlastung. Das Blatt begrüßt den im Reichstag eingebrachten Antrag, wonach die Reichsbiersteuer einheitlich um 3,50 Rm. pro Hektoliter und die Gemeindebiersteuer derart herabgesetzt werden soll, daß der niedrigste Steuerfuß 2 Rm. je Hektoliter Vollerbiere betrage. Bevölkerungswesen habe man im Finanzministerium immer noch nicht den Dreh zu einer großzügigen Senkung der Reichsbiersteuer gefunden. Man wolle vielmehr in erster Linie auf dem Gebiete der Gemeindebiersteuer herumexperimentieren. Soffentlich lasse sich die Reichsregierung unter Einfluß der herabgeworbenen Stimmung in Berlin nicht verleiten, über den Kopf Bayerns hinweg eine für die süddeutschen Verhältnisse unbrauchbare und ungerechte Regelung zu beschließen. Bayern könne mit Zug und Recht verlangen, daß seine Regierung gerade in dieser Frage gehört werde.

Aus aller Welt

Schwere Explosion in einer Kohlengrube.

30 Verletzte vermißt. Newyork, 29. Februar. In Pocahontas (Virginia) wurde die Kohlengrube Boyleson durch eine schwere Explosion zerstört. 30 Verletzte werden vermißt. Die Washingtoner Bergbaubehörden haben im Laufe des Tages bereits mehrere Eisenbahnwagen mit Hilfsmaterial abgefordert.

Schwere Hotel-Explosion.

Kattowitz, 29. Februar. Im Hotel Bristol bei Wlisch ereignete sich eine folgenschwere Explosion. Der zwölfjährige Sohn des Hotelbesizers hatte in der Hotellade einen Behälter mit 5 Liter Rohöl zum Aufwärmen auf die Herdplatte gestellt. Die Dämpfe explodierten plötzlich, wobei der Knabe, seine 23jährige Schwester und der Hotelfach schwer verletzt wurden. Alle drei haben erhebliche Brandwunden erlitten. Die Explosion war so stark, daß eine Mauer des Hotels einstürzte und sämtliche Fenster Scheiben in Trümmer gingen.

Zwei Reichswehrangehörige bei Garmisch verhaftet.

Garmisch, 29. Februar. Unteroffizier Karer und Obergefreiter Rappendorn der Nachrichten-Esabron in Erlangen traten am Sonntagabend bei der Abfahrt von Krenegg bei Garmisch im Nebel ein Schneebrett los und wurden verhaftet. Sie wurden erst nach längerem Suchen tot aufgefunden und geborgen.

Verwegener Raubüberfall in einem Spielfeld in Miami.

Newyork, 29. Februar. Im Seebad Miami (Florida) wurde ein verwegener Raubüberfall auf das Spielfeld im Casino verübt. Die Bankier verlangten, als Gatte verkleidet, Eintritt und riefen zurzeit des größten Hochbetriebes um 2 Uhr nachts den bestärkten Gästen: „Gänge hoch!“ zu. In der Nähe des Spielfeldes befanden sich mehrere Polizisten, die das Feuer auf die Banditen eröffneten. Der Bandenführer wurde sofort erschossen, während drei andere Banditen, und der ehemalige englische Amateurboxer Perkins verwundet wurden.

100 russische Fischer auf einer Eisinsel im Meer getrieben.

Reval, 28. Februar. 100 jenseitsfährliche Fischer sind, wie die russische Gesundheitsbehörden mitteilen, während des letzten Sturmes auf einer Eisinsel in den finnischen Meeresküsten abgetrieben worden. Da die Fischer östlich nicht gefastet worden sind, ist man in größter Sorge um ihr Schicksal. Die finnische Regierung hat sich bereit erklärt, Fischerboote zu leisten.

Volk und Wirtschaft

Hinter den Kulissen

Schwere Vorwürfe gegen das Warenhaus Althoff in Leipzig

Neht nette Vorkommnisse aus der Lebensmittelabteilung des Warenhauses Althoff sollte eine Verhandlung vor der Kammer des Arbeitsgerichtes auf, schier ungläubliche Sachen, die von einem in dieser Abteilung während zweier Jahre beschäftigten Verkäufer ausgelegt wurden und die, falls sie der vollen Wahrheit entsprechen, ein recht bezeichnendes Licht hinter die Kulissen solcher Riesenbetriebe werfen.

Der Verkäufer wurde wegen angeblicher Anzulässigkeit freilich entlassen und klagte auf Nachzahlung von 350 RM Gehalt. U. a. wurde dem Kläger von Seiten der Firma Althoff vorgeworfen, daß er oft hundensweise nicht zu leben war. Darüber vom Vetter der Verhandlung, Arbeitsrichter Dr. Schmidt, befragt, sagte der Kläger aus:

„daß er da stets auf einem Balkon verdorrte Nahrungsmittel, z. B. Geflügel mit Salzlag abnahm und so wieder veranfaßig machen mußte.“

Das wurde natürlich von Seiten der beklagten Firma energig bestritten, doch blieb der Kläger bei seiner Anklage und behauptete weiter, daß er noch viele solcher Fälle aufzählen könnte, ganz einwandfreie Ware sei so gut wie niemals herein gekommen und er sei bereit, diese Aussagen zu belegen.

Interessant war auch die Angabe des Vertreters der Fa. Althoff, daß ein weiterer Entlassungsgrund in der mangelhaften Leistungsfähigkeit des Klägers zu finden war. Darauf wandte der Kläger die längere Beschäftigungs-dauer ein, sagte, daß er in dieser Zeit auch Einkommenssteuern bezahle, kein Arbeitslosengeld sei ihm zufließen, er sei in der Lage gewesen und nannte dafür Fräulein Rosenberg vom Personalsbüro als Zeugin. Dabei stellte sich bei der Personalaufnahme heraus, daß:

Fräulein Rosenberg kein Fräulein, sondern die Gattin eines hohen Staatsbeamten ist.

Diese Tatsache verdient besonders feingegenüber zu werden, wo so viele für diesen Posten benötigte Kräfte arbeitslos auf der Straße liegen und aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen.

Ist das bei einer Frau möglich, deren Mann zweifellos ein auskömmliches Gehalt bezieht? Ist das von der Firma Althoff sozial gehalten und was sagt das Arbeitsamt und die Bezirksräte dazu?

Der Vater des Verkäufers, der bei der Verhandlung anwesend war und selbst lange Zeit eine Wild- und Geflügelhandlung betrieb, sagte aus, es sei bedauerlich, daß hier solche schamlose Fälle gewaschen werden müßten, aber man sei ja gezwungen dazu. Die Klage wurde zurzeit zwar abgewiesen, doch legte der Kläger Berufung ein und will dabei auch vorgekommene Weinpauschieren zur Sprache bringen.

Mag dem sein, wie es will, sind die Aussagen des Klägers übertrieben oder nicht, soviel maßres ist jedenfalls daran, daß dem kaufenden Publikum, namentlich den Frauen, die ihre Einkäufe in diesen Riesenbetrieben tätigen, ein Bild hinter die Kulissen solcher Massenabteilungen zu denken geben müßte. Sie mögen weiter daran denken, daß Tausende kleiner Gewerbetreibende, Handwerker und Geschäftsführer aller Kategorien mangels Absatz um ihre Existenz kämpfen müssen und daß bei diesen schwer finden arbeitslose Mann wieder Lohn und Brot finden würde, wenn deren Frauen ihre Einkäufe bei diesen, statt in Warenhäusern und Konsumvereinen machen würden.

Man muß sich außerdem bewußt sein, daß

Der Amtsschimmel wiehert

Eine Seditionsfirma hatte im Auftrag einer Berliner Handelskassengesellschaft im Stettiner Freiboden 1400 Paar Ueberführungs-gelagert. Da die Schuhe inzwischen unmodern geworden waren und Aufwand für Zoll und Lagergeld nicht mehr lohnend erschienen ließen, wurde der Eigentümer von der Eigentums-firma beauftragt, die Schuhe der Stettiner Winterhilfe zur Verfügung zu stellen. Alle Beteiligten waren einverstanden, die Zollbehörde verlangte indes die volle Verzollung, da nach den bestehenden Vorschriften die Schuhschäfte des Zweckes für sich nicht geeignet sei, einen ausreichenden Grund für einen Zolltarif abzugeben.

Aus Mangel an geeigneten Paragraphen mußten 1400 Paar Schuhe verbrannt werden! Heißer Protest!

man beim Handwerker und Gewerbetreibenden mindestens ebenso gut, ebenso preiswert und sicher individueller bedient wird, als dies bei so einem Massenangebot in Warenhäusern möglich ist, denn der Handwerker ist Handwerker, nicht nur Kaufmann, aus diesem Grunde mit seiner Ware eng verbunden und kann aus diesem Grunde seine Kunstfertigkeit auch wirklich sachmännlich bedienen.

Deutsche Frauen, deutsche Männer! Denkt bei euren Einkäufen daran, kauft beim bodenständigen Handwerk, beim wirklichen Fachmann. Laßt euch nicht die Augen und Sinne blenden von verführerischer Billigkeit, Massenangebot und vermeintlicher Billigkeit. Denkt und rechnet nach: Wer bezahlt die ungeheuren Verluste? Wer bezahlt die teuren, seitelangen Anzeigen in den Tageszeitungen? Wer bezahlt die übrige, kostspielige Reklame, die verschwenderische Ausstattung, das Heer der Reklame- und Empfangs-Gebäude, die pompösen Bauten, rollende Treppen und Fahrstühle?

Nur Ihr selbst durch eure gedankenlosen Einkäufe in solchen Riesenunternehmungen bei einer nur scheinbaren, feineswegs den Tatsachen entsprechenden Billigkeit.

Oskar Tille, Konditormeister.

Die gescheiterte Deflationspolitik

Der Bierstreik, eine Folge der ruinösen Biersteuer

Stellen wir uns heraus: Die Deflationspolitik der Reichsregierung ist auf der ganzen Linie gescheitert. Es ist nicht gelungen, den Preispiegel wesentlich zu senken, was ja auch schon deshalb unmöglich war und ist, weil die Reichsregierung den wesentlichen Teil der Erzeugungskosten nicht angetastet hat. Dieser wesentliche Teil ist die öffentliche Last, die trotz der Einschränkung der Wirtschaft so hochgetrieben worden ist, daß sie mehr als 60 v. H. des Volkseinkommens erfährt. Gewiß sind mechanisch die Löhne und Gehälter gesenkt worden, wobei die Wirkung heute schon vom Reichsfinanzministerium in Form des Rückganges der Steuereinnahmen für den Monat Januar festgelegt werden muß. Soweit die zwangsmäßig gesenkten Preise für die eigentlichen Verbrauchsgüter sich noch nicht wieder in die allgemeine Kostenlage eingerechnet haben, werden sie ihren Auftrieb von selber erfahren. Daß es ein Mißverhältnis ist, diese Preise senken zu wollen, die Steuern aber unangetastet zu lassen, das erkennt die Reichsregierung zu ihrer eigenen Ueberzeugung in Form eines Bierstreiks. In einigen Großstädten, Berlin und Hamburg voran, haben die Gastwirte den Gaststättengesetz, den Biersteuern einwilligen. Der Preiskommission hat eine Senkung des Bierpreises angeordnet, ohne sich viel darum zu kümmern, ob nach dieser Senkung für die Gastwirte noch ein beiderseitiger Betrag für die Deckung aller Unkosten übrig bleiben würde.

Daß die Bierpreise so hoch sind, ist richtig, aber das ist nicht auf die Gewinnminder der Gastwirte zurückzuführen, sondern auf die wiederholte Erhöhung der Biersteuer.

Es klingt fast märchenhaft, aber es ist so, daß vor zwanzig Jahren in Oberhausen das Bier nur 25 Pfennig kostete, während heute für ein Liter bierisches Bier in der Reichshauptstadt 1,50 Mark bezahlt werden muß. Bei der wiederholten Erhöhung der Biersteuer seit 1929 ist niemals zuvor unterbrochen worden, ob die Bevölkerung, soweit sie Bier trinkt, einen erhöhten Bierpreis tragen kann. Es sind ja nicht die Brauereien, die die Biersteuer aufbringen, sondern die Verbraucher, auf den jede Steuer auf das Schankgewerbe in vollem Umfang abgewälzt wird. Wenn das Einkommen der Bevölkerung allgemein zurückgeht, so kann ein durch Steuern erhöhter Bierpreis einfach nicht mehr aufgebracht werden.

Das Bier ist in Norddeutschland kein Nahrungsmittel im eigentlichen Sinne, sondern eher ein Genussmittel, auf das leichter verzichtet werden kann, wenn die Einkommensverhältnisse sich verschlechtern. Wenn der Bierpreis länger andauert, wenn er insbesondere auf viele Städte übertrifft, so werden dem Reiche beträchtliche Ausfälle an Steuern entgehen, die sich nicht wieder einführen lassen. Daß ich zunächst einmal ein Aufschonungsinterdikt für die Reichsregierung selbst, die noch immer nicht daran denkt, die Steuerlast mit der Wirtschaftskraft in Uebereinstimmung zu bringen, sondern offenbar der Auffassung ist, daß auch erhöhte Steu-

Vor einem neuen Zolltarif

Der der Regierung nahestehende volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Schnelbinder kündigte im Verband der sachlichen Industriellen für die nächsten Tage eine neue Vorberordnung der Reichsregierung über die Einfuhr eines sog. Oberzolltarifs an. Dieser Oberzolltarif, der alsbald nach der Verabschiedung des Reichstages veröffentlicht werden soll, kann gegenüber den Ländern, die mit Deutschland keine handelsvertraglichen Beziehungen unterhalten, angewandt werden. Er wird gegenüber den normalen Sätzen wesentliche Erhöhungen aufweisen.

Eine gruselige Geschichte

In einer kleinen Anfrage des Abg. Bischoff der Wirtschaftspartei lesen wir:

„In letzter Zeit werden in Brandenburg a. d. Spree und anderen Orten täglich hundert von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Flugblätter an die Gewerbetreibenden und Handwerker verteilt. Einzelne Gewerbetreibende haben sich diese Belästigungen verben. Daraufhin haben die Zettelverleiher erklärt, daß sie eben Gewerbetreibenden und Handwerker zwingen würden, die Flugblätter zu lesen und über ihren Empfang zu quittieren. Wenn die Gewerbetreibenden und Handwerker nicht quittieren wollten, würde man Zwangsmaßnahmen gegen sie anwenden. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit,

Maßnahmen zu treffen, damit derartige Terror- und Gewaltakte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unterbunden werden?

Der phantastische Herr Bischoff kann damit nur kleine Kinder schrecken, aber nicht denkende Menschen. Die Verbreitung solcher Flugblätter durch die Wirtschaftspartei vor dem Zusammenbruch nicht retten.

Brüning und die Arbeitslosen

Am 3. Juni 1930 erklärte der Reichsfinanzminister Brüning in einer Unterredung mit dem Chefredakteur Döhrner der „Münchner Neuesten Nachrichten“:

„Bedenkt, müssen wir uns darauf einrichten, daß die Zahlen der Arbeitslosigkeit den letzten Durchschnitt zum mindesten beibehalten.“

Damals hatte Deutschland 2 Millionen Arbeitslose. In den dazwischenliegenden anderthalb Jahren hat sich die Jugendarmee auf 6 Millionen verdreifacht.

Auch ein Beweis für die Weitsichtigkeit der Sozialpolitik.

Den Großbanken erläßt man die Steuerhülsen,

bei kleinen Leuten läßt man vollstrecken.

Nach Feststellungen der Reichsfinanzkontrolle der Reichsfinanzverwaltung hat das Reichsfinanzministerium der Mitteldeutschen Landesbank in Magdeburg 1 Million achtzehnhundertfünfundachtzig Mark Steuerhülsen erlassen. Eine entsprechende Anfrage hatten Dr. Frid und Genossen am 5. Februar 32 an den Reichsfinanzminister gerichtet. Dieser hat darauf am 23. Februar 32 geantwortet:

„Estritt zu, daß dem Sparfassen- und Giroverband für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt und seiner Reichsnachfolgerin, der Mitteldeutschen Landesbank in Magdeburg Steuerbeträge in größerem Umfang erlassen worden sind. Unrichtig ist jedoch, daß der Bank Beträge in bar zurückgezahlt wurden. Vielmehr sind die nach dem Erlaß überzahlten Steuerbeträge lediglich auf sonstige Rückstände und laufende Reichsteuern angerechnet worden.“

Wo bleibt die Wahlfreiheit?

München, 27. Februar. Die Folge 9 vom 28. Februar der Nationalsozialistischen Landpost wurde am Freitag in München polizeilich beschlagnahmt. Begründung liegt bisher noch nicht vor. Die Polizei konnte von der gesamten Auflage nur mehr eines Heftes von 29 Stück habhaft werden.

Gefahrte Handelsgesellschaften

Ueberfremdung der deutschen Fenster- und Spiegelglasindustrie

Aus Kreisen der deutschen Spiegelglasindustrie erfahren wir:

In Brüssel befindet sich ein großes Industrie-Unternehmen unter dem Namen „Solvay-Kongern“, der auch in Deutschland neben vielen anderen Unternehmen, die Zeche Dahlbusch bei Elfen und die Glasfabrik Solvay in Kottbusen besitzt. Dieser Solvay-Kongern ist außerdem an der „Wenzelschen“ Glasfabrik an der Saar beteiligt.

In Paris befindet sich die Gesellschaft St. Gobain, die ca. 80 Prozent Beteiligung an dem Verein Deutscher Spiegelglasfabriken, Köln, besitzt. Dieser Kölner Verein ist also fast reiflos in französisch belgischem Besitz und hat in Deutschland ungeheure Gewinne herausgeschlagen können, die nur durch die Unterstützung des hohen Spiegelglas-Schutzholles möglich waren. Mit diesen erzielten Gewinnen hat der „Kölner Verein“ es fertig gebracht, auch fast die gesamte deutsche Spiegelglasindustrie an sich zu bringen. So ging vor einigen Monaten die „Helmschmied Glasfabrik“ und vor einigen Tagen die „Glasfabrik Crengebold“ in die Hände des fremden Trustes über. Doch nicht allein, daß die Glasfabriken unter fremder Kapitalherrschaft stehen, sondern der Kölner Verein hat mit seinen überreichen Gewinnen in allen Gebieten Deutschlands auch Handelsfirmen gegründet, und zwar meistens mit dem Ausgangebild deutscher Namen. z. B.:

1. Deutsche Glasfabrik-Gesellschaft, Berlin; 2. Süddeutsche Glasfabrik-Gesellschaft, Mannheim; 3. Westfälische Glasfabrik-Gesellschaft, Dortmund; 4. Glasfabrik Gießen; 5. Glasfabrik Rassel; 6. Vaupeil Ebn, Düsseldorf; 7. Vaupeil Ebn, Bielefeld; 8. Hartmann Schulze, Hamburg; 9. Hartmann Schulze, Bremen; 10. Hartmann Schulze, Berlin; Müller & Rommel, Köln.

Das ganze deutsche Reich ist mit diesen fremden Glasfabrik-Gesellschaften besetzt. Darum werde wach, deutscher Konsum-

ment! Es muß nicht nur lauten: „Kauft bei deutschen Geschäften“, sondern auch „Kauft nicht bei fremden Handelsfirmen, auch wenn sie unter deutschem Namen segeln.“

Ein Staat, der seine nationale Wirtschaft schützen will, hat in solchen und bösen Zeiten, auch wenn die Ware zu verführerischen Preisen verkauft werden muß, seine eigene Industrie durchzubalzen. Die öffentliche Hand, Reich, Staat, Provinz, Kreis, Stadt und Gemeinde haben besonders darauf zu achten, daß alle in ihr aufgeführten Bauten nur mit (einheimischen) deutschen Industrieern agnifiziert werden und die Lieferung der Materialien nur durch deutsche Firmen erfolgt.

Besonders war die deutsche Fenster- und Spiegelglasindustrie nicht zu erhalten und weshalb arbeitete diese mit Verlust? Das französische-belgische Unternehmen verdient in Deutschland an Spiegelglas in solch ansehnlichem Maße, daß es das Tafelglas aus dem Ausland zu billigeren Preisen als das deutsche herstellen, veredeln und abgeben kann. Würde der Zoll für Schanfenfenster über 200 cm breit von 72 RM. auf 30 RM. herabgesetzt, wäre es für die fremde Industrie unmöglich, solch enorme Gewinne wie in der bisherigen Weise zu erzielen. Der Weltmarkt würde absehn ausbleichen. In Deutschland sind noch einige kleinere Spiegelglasfabriken, die Maße bis 180 cm oder auch bis 200 cm breit herstellen können. Diese Maße hat der Kölner Verein im Preise ziemlich niedrig gesetzt, während er die Maße über 200 cm breit bedeutend höher stellt, wozu er dank seiner Monopolstellung in diesen Größen in die Lage versetzt ist. Diese Preispolitik kann nur durch Ermäßigung des Zolles für Fenster über 200 cm erfolgen. Ferner ist es erforderlich, daß eine deutsche Diktaturschritte erhalten bleibt und gegründet wird, falls das deutsche Volk durch den fremden Trust nicht noch weiterhin im erhöhten Maße ausgebeutet werden soll.

Aus Bremen Stadt und Staat Die Volkszeitung lügt

Die in der Freitagsgabe der „Bremer Volkszeitung“ gemachten Ausführungen sind unrichtig. Als feinerer der Antrag von Dr. Gebert in einer Fraktionsitzung besprochen wurde, referierte hierüber Pg. Direktor Meyer, mit dem ich mich, ebenso wie mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Post, Vortragsredner Rat Dr. Wüllerhausen, und Dr. v. Sodenberg, den drei damaligen Aufsichtsräten der Nordb. Städtebank, in Verbindung setzte, um mir für die mir übertragene parlamentarische Bearbeitung der Angelegenheit ein objektives Urteil bilden zu können. Hierzu wurde außerdem eine von der zuständigen Behörde vermittelte Besprechung mit Herrn Generaldirektor Proff von Städtebank-Konzern, Pg. Dir. Meyer von der Werbzentrale Nord und noch vorher völlig unbekannt; unbekannt ist mir auch, ob er je der Partei oder einer ihrer Gliederungen Zuwendungen außer seinem Mitgliedsbeitrag gemacht hat. Daß wir im Gegensatz zu den verkehrsmäßigsten Behauptungen der „Volkszeitung“ nicht die Absicht verfolgten, der Werbzentrale Nord den Materialschlag „anzuhängen“, geht schon daraus hervor, daß wir in der entscheidenden Bürgerfraktion für den Antrag Dr. Geberts stimmten, wonach der Nordb. Städtebank eine Probezeit bis 1935 verleiht, innerhalb deren sich erweisen muß, auf welche Art der Staat sich in seinen Einnahmen günstigert.

H. Haltermann.
Der erste Fahrplan im überseeischen Luftverkehr.

Soeben veröffentlicht die Hamburg-Amerika Linie in Verbindung mit dem Luftschiffbau Zeppelin die Fahrpläne der vier ersten Luftschiffreisen 1932 auf der Strecke Friedrichshafen—Pernambuco:

Friedrichshafen ab Sonntag 9.30 Uhr	Pernambuco an Dienstag 23.30 Uhr	Pernambuco ab Freitag 6.30 Uhr	Friedrichshafen an Montag
20. März	22. März	25. März	28. März
3. April	5. April	8. April	11. April
17. April	19. April	22. April	25. April
1. Mai	3. Mai	6. Mai	9. Mai

Ist es Rühmheit oder Annahme nicht nur Tag und Stunde, sondern auch die Zeit selbst die Minutengabe von Abfahrt und Ankunft auf einem Reiseroute von über 5000 km bekanntzugeben.

Es ist weder das eine noch das andere. Es handelt sich hier nicht um Experimente, sondern um eine ausprobierte Sache und hinter diesem Fahrplan steht nicht der Optimismus einer effektvollen Werbekampagne, sondern die Wissenschaft.

Es ist die Wissenschaft der Meteorologie, die uns das Luftmeer erst als ein Meer erkennen ließ, ein Meer mit Strömungen und Schichten, ein Meer mit stillen Ozeanen und mit Sturmgebieten. Dieser jungen Zweig der alten Wissenschaft hat der ozeanische Luftschiffahrt die festeren Fahrstrassen jenseits der Gefährungen aufgetan.

Genau so gegenüber auf wissenschaftlicher Grundlage ist die Luftschiffahrt im Weltverkehr, wie der Weg durch Rhodetale und der Kurs über den Ozean. Die „Marshallgeschwindigkeit“ des Luftschiffes erlaubt genügende Kraftreserven der Motoren, um einen Sicherheitsfaktor der Pünktlichkeit in diesen Fahrplänen einzubauen.

Der Erfolg des ozeanischen Luftschiffverkehrs hängt heute, wo die technischen Voraussetzungen geschaffen sind, so gut wie völlig vom Fahrpreis ab. Und hier erleben wir die große Überforderung, die größte Preisüberforderung in dieser Zeit des Preisabbaus: kostete die Fahrt nach Südamerika vor einem Jahr 2000 Dollar, so wurde sie schon im Herbst des letzten Jahres auf 1000 Dollar herabgesetzt und heute fährt man erster Klasse durch die Luft über den Ozean für die beiderseits

Bremen marschiert

Mitgliederversammlung im Casino.

Am gestrigen Abend fand im Casino eine stark besuchte Mitgliederversammlung der NSDAP statt, in der die letzten Anweisungen für den entscheidenden Wahlkampf, der vor uns liegt, gegeben wurden.

Pg. Thiele berichtete zunächst über seine Eindrücke der letzten Reichstagsitzung, die bei allen die Ueberzeugung zurückließ, daß dieser Reichstag zu keinen entscheidenden Beschlüssen mehr zukommen wird. Pg. Thiele wies besonders auf die unglaublichen Entgleisungen des Reichstagslers Brüning hin, die selbstverständlich einen Sturm der Entrüstung im ganzen Hause hervorgerufen hatten. Des weiteren sprach Pg. Thiele über die politische Lage in Bremen, die im wesentlichen dadurch gekennzeichnet sei, daß die Volkspartei entgegen aller Parteibefehle hier weiter auf das engste mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitet und darum von den Wählermassen zu gegebener Zeit die rechte Antwort bekommen wird. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Auflösungserscheinungen der Volkspartei in Berlin und im ganzen Reich hin, über die wir an anderer Stelle berichten. Nachdem Pg. Pfeiffer einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte und Pg. Kaiser sich gegen die Stellungnahme des

DSB-Vorhanges Beschl. gewandt hatte, nahm Pg. von Siedart noch einmal das Wort, um mit aller Entschiedenheit den Einfluß der Kräfte der gesamten Parteigenossenschaft für die nächsten 12 Tage zu fordern. Kein Parteigenosse dürfe in diesen Tagen etwas anderes im Auge haben, als den Sieg unserer Bewegung. Kein Parteigenosse dürfe einen einzigen Abend bei unseren 30 Wahlversammlungen fehlen. Kein Parteigenosse dürfe veräußern, bei jeder Gelegenheit, die sich ihm bietet, durch mündliche Propaganda und durch Flugzetteldistribution für die Joe Adolf Hitler zu werben. In diesem Wahlkampf ginge es nicht um irgendein politisches Ziel, auch nicht um die Person des Reichspräsidenten, sondern schließlich um die Entscheidung, ob die deutsche Nation weiter dem herrschenden System ausgeliefert sein soll, oder ob endlich die Möglichkeit geschaffen werden könne, mit dem Neubau des Dritten Reiches zu beginnen. Einst habe Herr Bormann zum Ausdruck gebracht, daß es sein fester Wille sei, daß Deutschland seine siegreiche Kriegslage für immer streichen müsse, heute aber sei es unser ebenso fester Wille, daß am 13. März das System für immer seine Flagge streiche.

In einstimmigem Kampfwillen lag die Mitgliedschaft das Horst Wessel-Lied.

Kreistagung der Deutschen Turnerschaft

Der 5. Kreis der Deutschen Turnerschaft Unterweser-Ems hatte zu seiner am Sonntag morgen stattgefundenen Kreistagung eingeladen. Zahlreiche Turner und Turnersinnen erschienen, jedoch der große Saal des Parkhauses auf den letzten Platz gefüllt war. Nachdem die internen Verbandsangelegenheiten erledigt waren, nahm Professor Proff, Bremen, das Wort zu seinem Vortrag: „Nichts ist ein Staat ohne ein Volk, — ein leistungsfähiges Volk.“

Die ewige Wahrheit dieses Satzwortes hat sich immer wieder im Wandel der Zeiten und Völker bestätigt. Die todbringende Krankheit, an der so viele mächtige Staatswesen zu Grunde gingen, war immer das Aufgeben des Volkstums, — der Internationalismus. — In deutschen Staaten die Seele lebendig werden zu lassen, ist unsere Zeit allerhöchste Aufgabe.

Zu ihrer Lösung müssen wir endlich über das Reden von der Notwendigkeit der Gemeinschaft und Einigung zur Befreienden und beglückenden Tat kommen.

In unseren Tagen ist in uns wieder die Sehnsucht laut geworden und tritt fordernd vor die Führer in Land und Staat. Und diese Sehnsucht nach dem, was deutsch ist, ist das erste Zeichen, daß im Volke noch Deutschland und Deutschheit lebt.

Vor hundert Jahren, in einer Zeit der Armut und Schmach, schenkte Jahn uns sein „Deutsches Volkstum“. Er fand dies Volk Volkstum, er schuf das Volk: Turnen. Wenn

Volkstum aller Hilfe Inbegriff ist, dann ist

Turnen des Deutschtums erster Diener.

„Alle Erziehung ist wichtig und eitel, die dem Jüngling in dem öden Elend mahngeschaffener als Trübsal Weltbürgerlichkeit schenken läßt und nicht im Vaterlande heimisch macht. In dem Glauben an die Kraft der Gemeinschaft lassen die Turner unbekümmert die anderen lächeln und spötteln, weil sie erkannt haben, daß ihr einfaches Wesen reicher und wertvoller ist als Schall und

Summe von 475 Dollar. Damit wird die ozeanische Luftschiffahrt nicht mehr um die Gunst des kleinen Kreises der Millionäre, sondern sie richtet einen direkten Appell an den eigentlichen Geschäftsman, d. h. an einem recht beträchtlichen Teil des internationalen Reisepublikums. Und gerade der Geschäftsman ist es, der nicht nur Zeit in Geld umrechnet, sondern auch die Preiswürdigkeit eines Angebots zu kalkulieren versteht: er wird vielleicht in einem schnellen Ueberblick den Kilometerpreis fix und fertig und wird dabei zu einem immerhin bemerkenswerten Ergebnis kommen: der Kilometerpreis der Luftreise ist kaum teurer als der Kilometerpreis eines Taxiaus in jeder größeren Stadt; und dazu noch Kabine und Verpflegung inbegriffen.

Gute Seefischzufuhren. Von den deutschen Seefischereifahrten wird gemeldet, daß gegenwärtig die deutschen Fischdampfer sehr reichlich mit Seefischen von den Fanggründen heimkehren. Gute Veränderungen werden auch in nächster Zeit gemeldet. Die Seefische gelangen zu mäßigen Preisen in bester Qualität auf den Markt. Es bietet sich überall im Innern die Möglichkeit, mit Hilfe der naheliegenden und preiswerten Seefische den Speisetisch zu bereichern. An der Zeit der wirtschaftlichen Depression ist es erfreulich, daß wir infolge der reichlichen Anlandungen von Seefischen den deutschen Lebensmittelmarkt aus heimischer Produktion in vortrefflicher Weise versorgen können. Für die schmale Wirtschaftskasse der breiten Schichten der Bevölkerung werden die preiswerten Seefische sehr willkommen sein.

Goethe-Vollkisten. Die Deutsche Reichspost gibt zur Goethefeier zwei Vollkisten zu 6 und 15 Kp. mit einem Bildnis Goethes und mit besonderen Freimarkeutenstempeln aus. Die Postanstalten verkaufen die Karten vom 1. März an.

Verhöhnung. In unserem Bericht über den SA-Aufmarsch in Hedinghousen ist uns im Schlußatz ein Fehler unterlaufen. Es muß heißen: „... forderten von den nationalen Männern und Frauen, bei der Wahl dem Manne der Nationalen Front, Adolf Hitler, die Stimme zu geben.“

Goethe-Vollkisten. Die Deutsche Reichspost gibt zur Goethefeier zwei Vollkisten zu 6 und 15 Kp. mit einem Bildnis Goethes und mit besonderen Freimarkeutenstempeln aus. Die Postanstalten verkaufen die Karten vom 1. März an.

Verhöhnung. In unserem Bericht über den SA-Aufmarsch in Hedinghousen ist uns im Schlußatz ein Fehler unterlaufen. Es muß heißen: „... forderten von den nationalen Männern und Frauen, bei der Wahl dem Manne der Nationalen Front, Adolf Hitler, die Stimme zu geben.“

inotet, außerdem waren sie blond. Bei Hagen als Sohn des Nachbarn ist das schwarze Haar gerechtfertigt nicht so bei Sunding. Ferner muß der Schwertkampf in der Eiche Stamm auflösen, ehe Siegmund singt: „Was gleißt dort hell im Glimmerstein?“ und darf die Beleuchtung nicht erst drei Takte später einleiten. Kleingkeiten — aber doch!

In Bezug auf die diatorische Behandlung der für jeden einzelnen Künstler wie für das kulturelle Leben unserer Stadtstadt Bremen so brennend gewordenen Entlohnungsfrage des Stadttheaters kann man nur den Kopf schütteln. Wir fordern die maßgebenden Stellen auf, zu dieser vordringlichen Frage nunmehr endliche Stellung zu nehmen.

Liederabend Maria Lauterbach.

Auf dem Podium des kleinen Gladenlaes steht ein junges Mädchen, anmutig und bezaubernd, Maria Lauterbach, und spendet der zahlreichen Hörerschaft voll unbefangenen aus dem Füllhorn ihrer Liebe die schönsten Gaben, darunter Gesänge, die man in Bremen noch nicht gehört hatte, wie die drei Lieder mit ool. Fiste „Madonna im Abend“, „Arm Seelchen“, „Im Frühling“ von Penabaur, sowie die stimmungsvollen schottischen Lieder „Recht die Herde heim“, „Vor der Stadt Einburg“, „Mein Herz ist im Hochland“, „Der Pfeifer von Dundee“ von Reipighi. Die erst zweizwanzigjährige Künstlerin, die es mit frischem Wagenmut unternimmt, mit

Schein. Die Beiseidenheit und Gerechtigkeit aber, mit der jeder Deutsche allem Fremden gegenübertritt, sie wird zum Mangel an Selbstachtung und Volksachtung und zur Ungerechtigkeit sogar gegen das eigene Volk und das eigene Volkstum. Darum heißt die Lösung: Von der Selbstbezeichnung zum Selbstvertrauen, von der Volksachtung zum Volksbewußtsein.

Wer sein deutsches Volkstum nicht liebt und pflegt, wer deutsche Sitte und deutsche Sprache nicht reinhält und achtet, der ist ein Schädling an Gegenwart und Zukunft seines deutschen Volkes. Wer gar von sich behauptet: Ich kenne kein Vaterland, der würde bei Engländern und Franzosen geachtet und ummöglich sein, — der gehört nicht in die deutsche Volksgemeinschaft.

Wir wollen Deutsche sein und keine Weltbürger!

Wichtig für Seeleute

Seeleute, die vor dem 13. März in See gehen, können zur Reichspräsidentenwahl schon am 5. März und Seeleute, die nach dem 13. März in einen deutschen Hafen einlaufen, noch bis 18. März in folgenden Hafenstädten abstimmen: Königsberg i. Pr., Pillau, Rostock, Stettin, Swinemünde, Altona, Flensburg, Kiel, Emden, Wefermünde, Wilhelmshaven, Hamburg, Cuxhaven, Norddeich, Bremerhaven, Lübeck. In diesen Städten nehmen besondere Abstimmungsstellen täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags Seemannsstimmen entgegen. Der Seemann muß sich durch sein Seefahrtsbuch ausweisen und einen Stimmzettel beifügen. Für den Durchgangsverkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal wird an der Holtenauer Schleuse ein Wahllokal eingerichtet, in dem vom 5. März vormittags 10 Uhr bis 13. März nachmittags 3 Uhr und vom 14. März vormittags 10 Uhr bis 18. März mittags 12 Uhr Tag und Nacht Seeleute ihre Stimme abgeben können.

Wählerlisten einsehen!

Preisermäßigung für die Formblätter des Volksrechtstums tritt am 1. März in Kraft. Das Ueberweisungsheft kostet nur noch 55 Kp., das Schabblatt 70 Kp., ferner sollten die Erläuterungen 100 Stüd 55 Kp., die Zahlungsanweisungen 100 Stüd 90 Kp., die gelben Schabblätter 50 Stüd 30 Kp. Auch für die von den Volksheimatdarmen gelieferten Zahlkarten und Formblätter mit anhängender Zahlkarte gelten bei Abnahme von 400 Stüd an ermäßigte Preise, über die die Volksheimatdarm Auskunft erteilen. Auslandspostverkehr. Nach einer Mitteilung der türkischen Postverwaltung dürfen Waren in Postpaketen nach der Türkei nicht mehr eingeführt werden. Aus diesem Grunde ist der Postpaketverkehr nach diesem Land eingestellt worden.

Im Verkehr mit der Argentinischen Republik sind Briefsendungen mit Büchern oder Heften nicht mit dem grünen Zollettel zu versehen, selbst wenn sie zollpflichtig sind.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Sanstall von Siedart; für den Angelegenheit: W. Raftens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Auslandsjournalistische Zeitung. — Für unverlangt eingekommene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. — Druck: Wefer-Druckerei Bremen.

Stadttheater

Die Walfäre von R. Wagner.

Nach einer vorzüglichen, in sich geschlossenen Aufführung des „Rheingold“ nahm am Sonnabend der 2. Zyklus des Rings mit der „Walfäre“ seinen Fortgang. Für unsere durch Krankheit verhinderte einheimische Vertreter der Sieglänge sang Frl. S. u. f. a. vom Stadttheater in Hamburg die Walfärengesänge. Vermöge ihrer Innigkeitsfülle, ausdrucksreichen Stimme, und ihres tiefgefühlten, feinsten Spielens gelang es dieser ausgezeichneten Künstlerin im Verein mit dem prächtigen Singsänger Herrn B. a. r. t. o. n. s. die Walfärengesänge zu einem erschütternden Erlebnis des Abends zu gestalten. Im übrigen bot die Aufführung unter Herrn Dammers bewährter Leitung und Herrn Henckelers großzügiger Regie mit Herrn Thement als Göttervater von ganz großem Gepräge, Frau Rollers herrlicher Brühilde, Fäulen Venes hoheitsvoller Frida und Herrn Schweinsbergs vorzüglichem Hunding sehr viel des Schönen und Erhebenden und fand von Seite der Hörer die wohlverdiente, in reichem Beifall sich äußernde Anerkennung. Auf einige Kleingkeiten, die aber im Rahmen des großen Ganzen stehend wirken, sei hiermit hingewiesen. Warum behält Sunding im „eigenen Hause“, nachdem er Schild und Speer abgelegt hat, seinen Helm auf? Um jene Zeit trugen die Germanen das Haar zu einem Schopf ge-

inotet, außerdem waren sie blond. Bei Hagen als Sohn des Nachbarn ist das schwarze Haar gerechtfertigt nicht so bei Sunding. Ferner muß der Schwertkampf in der Eiche Stamm auflösen, ehe Siegmund singt: „Was gleißt dort hell im Glimmerstein?“ und darf die Beleuchtung nicht erst drei Takte später einleiten. Kleingkeiten — aber doch!

In Bezug auf die diatorische Behandlung der für jeden einzelnen Künstler wie für das kulturelle Leben unserer Stadtstadt Bremen so brennend gewordenen Entlohnungsfrage des Stadttheaters kann man nur den Kopf schütteln. Wir fordern die maßgebenden Stellen auf, zu dieser vordringlichen Frage nunmehr endliche Stellung zu nehmen.

Liederabend Maria Lauterbach.

Auf dem Podium des kleinen Gladenlaes steht ein junges Mädchen, anmutig und bezaubernd, Maria Lauterbach, und spendet der zahlreichen Hörerschaft voll unbefangenen aus dem Füllhorn ihrer Liebe die schönsten Gaben, darunter Gesänge, die man in Bremen noch nicht gehört hatte, wie die drei Lieder mit ool. Fiste „Madonna im Abend“, „Arm Seelchen“, „Im Frühling“ von Penabaur, sowie die stimmungsvollen schottischen Lieder „Recht die Herde heim“, „Vor der Stadt Einburg“, „Mein Herz ist im Hochland“, „Der Pfeifer von Dundee“ von Reipighi. Die erst zweizwanzigjährige Künstlerin, die es mit frischem Wagenmut unternimmt, mit

einem Liederabend vor die verwöhnte, kritische Öffentlichkeit zu treten, lang sich bereits mit den beiden ersten in ihren älteren italienischen Sings, die ihr reichliche Gelegenheit gaben, ihr schönes und großes gesangliches Können zu zeigen, in die Herzen der Hörer. Zu dieser Wirkung trug aber neben dem Technischen vor allem ihr Klangvoller, weitpamper Sopran bei, der ebenso füllig wie modulationsfähig ihr gestaltet, die wohlausgeprägten Register für alle Akzente im Lied, vom verhaltenen Piano in der Höhe bis zum gesteigerten Affekt im Fortissimo zu gebrauchen. Ueberhaupt verleiht die Stimme eine ausgezeichnete Schöpfung und Kultur, die Atemführung ist ganz vorzüglich und gestaltet der Sängerin, auch am Schluß einer längeren Phrase noch eine Steigerung anzubringen. Gesänge wie das anspruchsvolle „Höre, Israel“ von Elias Mendelsohn und das selten gehörte „Kriegel, Flügel“ von Schumann gelangen der Künstlerin vorzüglich. Zu schönster Wirkung brachte sie das innige und feinsinnvolle „Stille Tränen“, „Der Wobstern“ von Schumann, das stimmungsvoll untermalte „Recht die Herde heim“, sowie das volkstümliche launige „Vor der Stadt Einburg“, Lieder, die ihr Gelegenheit gaben, neben ihrem Können auch ihre Seele zu zeigen. Die reiflos befriedigte Hörerschaft spendete der Künstlerin wohlverdienten, reichen Beifall; auch Blumen gab es die Fülle, so daß der Abend für Frl. Maria Lauterbach zu einem einzigen schönen Erfolg wurde, an

dem auch ihre Begleiterin, Frl. Rühle, durch ihre feine Einführung in der Geist der Gesänge und Herr Professor Kragi als Meister auf der Fiste reichlichen Anteil hatten. Erwähnt sei noch, daß Frl. Lauterbach Schülerin von Frau Hella Rittig-Sauer ist, und jahrelanges geschäftliches Mitglied des Domdors sowie der Henckelerschen Opernschule war.

Will Eilers.

Dreißigzwanzig aus USA. Die nächste öffentliche Wiederholung des historischen Schauspielers von Hellmuth Unger findet heute, Dienstag, den 1. März, im Stadttheater statt. Es zeigt sich, daß der nachhaltige Erfolg der Aufführung weit über lokale Bedeutung hinausging. Der künstlerische Wert und die erschütternde Bühnensituation der „Dreißigzwanzig“ werden von der Presse jeder Richtung in allen Großstädten anerkannt und die literarische Entdeckung wie der Wert der Bremer Aufführung besonders betont. U. a. schrieben über die Aufführung die führenden Blätter von Berlin, Hamburg, Oldenburg, Stuttgart, Frankfurt, Wiesbaden, Karlsruhe, Mannheim, München usw. Das Schauspiel, das inzwischen auch mit starkem Erfolg in Begehr gegeben wurde, ist von den meisten Besucherorganisationen des Stadttheaters angenommen worden. Die nächste öffentliche Aufführung findet heute, Dienstagabend, statt. Dem guten, laubenden, erschütternden Stüd wäre auch weiterhin ein lautes Echo im Publikum zu wünschen.



Volk und Wirtschaft



Hinter den Kulissen

Schwere Vorwürfe gegen das Warenhaus Althoff in Leipzig

Neht nette Vorkommnisse aus der Lebensmittelabteilung des Warenhauses Althoff sollte eine Verhandlung vor der Kammer des Arbeitsgerichts auf, schier ungläubige Sachen, die von einem in dieser Abteilung während zweier Jahre beschäftigten Verkäufer ausgelegt wurden und die, falls sie der vollen Wahrheit entsprechen, ein recht bezeichnendes Bild hinter die Kulissen solcher Warenbetriebe werfen.

Der Verkäufer wurde wegen angeblicher Unzulässigkeit fristlos entlassen und flagte auf Rechtsabteilung von 350 RM. Gehalt. U. a. wurde dem Kläger von Seiten der Firma Althoff vorgeworfen, daß er oft fündigweise nicht zu sehen war. Darüber vom Vetter der Verhandlung, Arbeitsrichter Dr. Schmidt, befragt, sagte der Kläger aus,

daß er da stets auf einem Balkon vor dem Warenhaus saß, z. B. Geflügel mit Salzlag abwaschen und so wieder verkaufsfähig machen mußte.

Das wurde natürlich von Seiten der beklagten Firma energisch bestritten, doch blieb der Kläger bei seiner Auslage und behauptete weiter, daß er noch viele solcher Fälle aufzählen könnte, ganz einwandfreie Ware sei so gut wie niemals mehr eingekommen und er sei bereit, diese Aussagen zu belegen.

Interessant war auch die Angabe des Verkäufers der Fa. Althoff, daß ein weiterer Entlassungsgrund in der mangelhaften Leistungsfähigkeit des Klägers zu suchen war. Darauf wandte der Kläger zu suchen war. Darauf wandte der Kläger zu suchen war. Darauf wandte der Kläger zu suchen war.

Fräulein Rosenberg kein Fräulein, sondern die Gattin eines hohen Staatsbeamten ist.

Diese Tatsache verdient besonders festgehalten zu werden, wo so viele für diesen Posten besetzte Kräfte arbeitslos auf der Straße liegen und aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen.

Es ist das bei einer Frau nötig, deren Mann zweifellos ein auskömmliches Gehalt bezieht? Ist das von der Firma Althoff sozial behandelt und was sagt das Arbeitsamt und die Fürsorge dazu?

Der Vater des Verkäufers, der bei der Verhandlung zugegen war und selbst lange Zeit eine Wild- und Geflügelhandlung betrieben hatte, sagte aus, es sei bedauerlich, daß hier solche schmutzigen Wäsche gewaschen werden mußte, aber man sei ja gezwungen dazu. Die Klage wurde zurzeit zwar abgewiesen, doch legte der Kläger Berufung ein und will dabei auch vorgelegene Zeugenaussagen zur Sprache bringen.

Mag dem sein, wie es will, sind die Aussagen des Klägers übertrieben oder nicht, soviel ist jedenfalls daran, daß dem kassierenden Publikum, namentlich den Frauen, die ihre Einkäufe in diesen Warenbetrieben tätigen, ein Blick hinter die Kulissen solcher Warenhandlungen zu denken geben mußte. Sie müssen weiter daran denken, daß Kaufleute kleiner Gewerbetreibende, z. B. Handwerker und Geschäftskassierer, die Kategorien mangels Abfall von ihrer Existenz kämpfen müssen und daß die diesen Handwerkern mangelnden arbeitslosen Mann wieder Lohn und Brot finden würde, wenn deren Frauen ihre Einkäufe bei diesen, statt in Warenhäusern und Konsumvereinen machen würden.

Man muß sich außerdem bewußt sein, daß

Der Amtsschimmel wiehert

Eine Speiditionsfirma hatte im Auftrag einer Berliner Handelskassengeschäft im Stettiner Freihafen 100 Paar Überbockse gelagert. Die Stücke inzwischen umverpackt worden waren und Aufwand für Zoll und Lagergeld nicht mehr lohnend erschienen. Es wurde der Speiditeur von der Eigentümersfirma beauftragt, die Ware zu vernichten. Dagegen wurde angeregt, die Schiffe der Stettiner Winterflotte zur Verfügung zu stellen. Alle Beteiligten waren einverstanden, die Zollbehörde verlangte indes die volle Verzollung, da nach den bestehenden Vorschriften die Vernichtung des Gutes für sich nicht geeignet ist, einen ausreichenden Grund für einen Zollverlust abzugeben.

Aus Mangel an geeigneten Paragraphen müssen 1400 Paar Schuhe vernichtet werden! Heißer Protest!

man beim Handwerker und Gewerbetreibenden mindestens ebenso gut, ebenso preiswert und sicher individueller bedient wird, als dies bei so einem Massenangebot in Warenhäusern möglich ist, denn der Handwerker ist Handwerker, nicht nur Kaufmann, aus diesem Grunde mit seiner Ware eng verbunden und kann aus diesem Grunde seine Kundhaft auch wirklich sachmännlich bedienen.

Deutsche Frauen, deutsche Männer! Denkt bei euren Einkäufen daran, kauft beim bodenständigen Handwerk, beim wirklichen Fachmann. Laßt euch nicht die Augen und Sinne blenden von verschwenderischer Pracht, Massenangebot und vermeintlicher Billigkeit. Denkt und rechnet nach: Wer bezahlt die ungeheuren Lichtkosten? Wer bezahlt die teuren, seitenlangen Anzeigen in den Tageszeitungen? Wer bezahlt die übrige, kostspielige Kette, die verschwenderische Ausstattung, das Her der Respekt- und Empfangs-Gebäude, die pompösen Bauten, rollende Treppen und Fahrstühle?

Nur Ihr selbst durch Eure gedankenlosen Einkäufe in solchen Kleinunternehmungen bei einer nur scheinbaren, keineswegs den Tatsachen entsprechenden Billigkeit.

Oskar Tille, Konditormeister.

Die gescheiterte Deflationspolitik

Der Bierstreit, eine Folge der ruinösen Biersteuer

Stellen wir uns heraus: Die Deflationspolitik der Reichsregierung ist auf der ganzen Linie gescheitert. Es ist nicht gelungen, den Preisindex wesentlich zu senken, was ja auch schon deshalb unmöglich war und ist, weil die Reichsregierung den wichtigsten Teil der Erzeugungskosten nicht angeht hat. Dieser wesentliche Teil ist die öffentliche Last, die trotz der Einschränkung der Wirtschaft so hochgetrieben worden ist, daß sie mehr als 60 v. H. des Volkseinkommens erfaßt. Gewiss sind mechanisch die Löhne und Gehälter gesenkt worden, wobei die Wirkung heute schon vom Reichsfinanzministerium in Form des Rückganges der Steuereinnahmen zu sehen ist. Soweit die znanagsweise gesunkenen Preise für die eigentlichen Verbrauchsgüter sich noch nicht wieder in die allgemeine Kostenlage eingerechnet haben, werden sie ihren Anstieg von selber erfahren. Das ist ein Wirtschaftskreislauf, der die Preise senken zu wollen, die Steuern aber unangetastet zu lassen, das heißt die Reichsregierung zu ihrer eigenen Überraschung in Form eines Bierpreissieges, in einigen Großstädten, Berlin und Hamburg, voran, haben die Gastwirte den Entschluß gefaßt, den Bierausverkauf einzustellen. Der Preiskommissar hatte eine Senkung des Bierpreises angeordnet, ohne sich viel darum zu kümmern, ob nach dieser Senkung für die Gastwirte noch ein befriedigender Betrag für die Deckung aller Unkosten übrig bleiben würde.

Daß die Bierpreise zu hoch sind, ist richtig, aber das ist nicht auf die Gewinnmarge der Gastwirte zurückzuführen, sondern auf die

wiederholte Erhöhung der Biersteuer.

Es ist fast nicht möglich, aber es ist so, daß vor zwanzig Jahren in Oberbayern das Bier nur 25 Pfennig kostete, während das Bier für ein liter bayerisches Bier in der Reichshauptstadt 1,50 Mark bezahlt werden muß. Bei der wiederholten Erhöhung der Biersteuer seit 1929 ist niemals zuvor untersucht worden, ob die Bevölkerung, soweit sie Bier trinkt, einen erhöhten Bierpreis tragen kann. Es ist ja nicht die Brauereien, die die Biersteuer aufbringen, sondern die Verbraucher, auf den die Steuer auf das Schankgewerbe in vollem Umfang abgemacht wird. Wenn das Einkommen der Bevölkerung allgemein zurückgeht, so kann ein durch Steuern erhöhter Bierpreis einfach nicht mehr aufgebracht werden.

Das Bier ist in Norddeutschland kein Nahrungsmittel im eigentlichen Sinne, sondern eher ein Genussmittel, auf das letzteres verzichtet werden kann, wenn die Einkommensverhältnisse sich verschlechtern. Wenn der Bierpreis länger andauert, wenn er insbesondere auf viele Städte übertrifft, so werden dem Reiche beträchtliche Ausfälle an Steuern entstehen, die sich nicht wieder einbringen lassen. Das ist zunächst einmal ein Ansehensverlust für die Reichsregierung selbst, die noch immer nicht daran denkt, die Steuerlast mit der Wirtschaftskraft in Übereinstimmung zu bringen, sondern offenbar der Auffassung ist, daß auch erhöhte Steu-

Vor einem neuen Zolltarif

Der der Regierung nahestehe volkspartei teils Reichstagsabgeordnete Dr. Schmelzer kündigte im Verband der sächsischen Industriellen für die nächsten Tage eine neue Rotverordnung der Reichsregierung über die Einfuhr von Waren an. Dieser Zolltarif, der alsbald nach der Vertagung des Reichstages veröffentlicht werden soll, kann gegenüber den Ländern, die mit Deutschland im Zollkrieg stehen oder die mit Deutschland keine handelsvertraglichen Beziehungen unterhalten, angewandt werden. Er wird gegenüber den normalen Sätzen wesentliche Erhöhungen aufweisen.

Eine gruselige Geschichte

In einer kleinen Anfrage des Abg. Bischoff der Wirtschaftspartei lesen wir:

An letzter Zeit werden in Brandenburg a. d. Havel und anderen Orten täglich seitens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Flugblätter an die Gewerbetreibenden und Handwerker verteilt. Einzelne Gewerbetreibende haben sich diese Verteilungen verboten. Daraufhin haben die Zettelverleiher erklärt, daß sie jeden Gewerbetreibenden und Handwerker zwingen würden, die Flugblätter zu lesen und über ihren Empfang zu quittieren. Wenn die Gewerbetreibenden und Handwerker nicht quittieren wollten, würde man Zwangsmassnahmen gegen sie anwenden. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit,

ern bei eingeckürzten Einkommen aufgebracht werden können. Es genügt, auf die Rede des Reichsfinanzministers Dietrich zu verweisen, die dieser am 27. Februar im Reichstag gehalten hat, um jede Hoffnung auszugeben, daß die Reichsregierung von sich aus imstande ist, einen Umbau des Finanz- und Steuersystems vorzunehmen. Wenn das nicht geschieht, so muß sich die Reichsregierung darauf einstellen, daß die Steuereinnahmen weiter zurückgehen, als es im Monat Januar schon geschehen ist. Es fehlt jedes Verständnis dafür, daß bei Entlastung der Wirtschaft vom Steuerdruck eine echte Preisentwertung möglich ist, die den Abfall steigert, also eine Verringerung der Wirtschaftskraft schafft, die wohl eine ermäßigte Steuerlast aufrufen kann.

Gestartete Handelsgesellschaften

Ueberfremdung der deutschen Fenster- und Spiegelglasindustrie

Aus Freieren der deutschen Spiegelglasindustrie erfahren wir:

In Brüssel befindet sich ein großes Industrie-Unternehmen unter dem Namen „Solvaay-Kongern“, der auch in Deutschland neben vielen anderen Unternehmen, die die Glasfabrik in Dölgel in Rotterdam besitzt. Dieser Solvaay-Kongern ist außerdem an der „Wenzelschen“ Glasfabrik an der Saar beteiligt.

In Paris befindet sich die Gesellschaft St. Gobain, die ca. 80 Prozent Beteiligung an dem „Reichsdeutscher Spiegelglasfabrikanten“, besitzt. Dieser Kölner Verein ist also fast reiner französischer Verein, als fast reiner Verein und hat in Deutschland ungeheure Gewinne herausgeschlagen können, die nur durch die Unterstützung des hohen Spiegelglas-Schutzgesetzes möglich waren. Mit diesen erzielten Gewinnen hat der „Kölner Verein“ fertig gebracht, auch fast die gesamte deutsche Fensterglasindustrie an sich zu bringen. So ging vor einigen Monaten die „Belmischer Glasfabrik“ und vor einigen Tagen die „Glasfabrik Grengelbach“ in die Hände des fremden Trufes über. Doch nicht allein, daß die Glasfabriken unter fremder Kapitalherrschaft stehen, sondern der Kölner Verein hat mit seinen überreichen Gewinnen in allen Gebieten Deutschlands auch Handelsfirmen gegründet, und zwar meistens mit dem Ausgange deutscher Namen. Z. B.:

1. Deutsche Glasfabrik-Gesellschaft, Berlin; 2. Süddeutsche Glasfabrik-Gesellschaft, Mannheim; 3. Westfälische Glasfabrik-Gesellschaft, Dortmund; 4. Glasfabrik Gießen; 5. Glasfabrik Kassel; 6. Ruppel Sohn, Düsseldorf; 7. Ruppel Sohn, Düsseldorf; 8. Hartmann & Schulze, Hamburg; 9. Hartmann & Schulze, Bremen; 10. Hartmann & Schulze, Berlin; 11. Müller & Rommel, Köln.

Das ganze deutsche Reich ist mit diesen fremden Glasfabrik-Gesellschaften besetzt. Darum werde auch, deutscher Konsum-

Maßnahmen zu treffen, damit derartige Terror- und Gewalttätigkeiten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unterbunden werden?

Der phantastische Herr Bischoff kann damit nur kleine Kinder sprechen, aber nicht denkende Menschen. Die Verbreitung solcher Geschichten werden die Wirtschaftspartei vor dem Zusammenbruch nicht retten.

Brüning und die Arbeitslosen

Am 3. Juni 1930 erklärte der Reichskanzler Dr. Brüning in einer Unterredung mit dem Chefredakteur Böhmer der „Münchner Neuesten Nachrichten“:

„Jedenfalls müssen wir uns darauf einrichten, daß die Zahlen der Arbeitslosigkeit den jetzigen Durchschnitt zum mindesten beibehalten.“

Damals hatte Deutschland 2 Millionen Arbeitslose. In den darauffolgenden anderthalb Jahren hat sich die Young-Armee auf 6 Millionen verdreifacht.

Auch ein Beweis für die Weisheit der Systempolitik.

Den Großbanken erläßt man die Steuerzuschüsse

bei kleinen Steuern läßt man vollstrecken.

Nach Feststellungen der Reichsfinanzkontrolle der NSDAP hatte das Reichsfinanzministerium der Mitteldeutschen Landesbank in Magdeburg 1 Million achttausendhundertundachtzig Mark Steuerzuschüsse erteilt. Eine entsprechende Anfrage hatten Dr. Brüning und Genossen am 5. Februar 32 an den Reichsfinanzminister gerichtet. Dieser hat darauf am 23. Februar 32 geantwortet: „Gefügt, daß dem Sparkassen- und Giroverband für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt und seiner Rechtsnachfolgerin, der Mitteldeutschen Landesbank in Magdeburg Steuerzuschüsse in größerem Umfang erteilt worden sind. Unrichtig ist jedoch, daß der Bank Verträge in der zurückgekauft wurden. Vielmehr sind die nach dem Erlaß überzähligen Steuerzuschüsse lediglich auf sonstige Rückstände und laufende Reichsteuern angerechnet worden.“

Wo bleibt die Wahlfreiheit?

München, 27. Februar. Die Folge 9 vom 28. Februar der Nationalsozialistischen „Völkischen“ wurde am Freitag in München polizeilich beschlagnahmt. Begründung liegt bisher noch nicht vor. Die Polizei kamte von der gesamten Auflage nur mehr eines Heftes von 29 Stück habhaft werden.

ment! Es muß nicht nur lauten: „Kauft bei deutschen Geschäften“, sondern auch „Kauft nicht bei fremden Handelsfirmen, auch wenn sie unter deutschem Namen lauten.“

Ein Staat, der seine nationale Wirtschaft schützen will, hat in schlechten und bösen Zeiten, auch wenn die Ware zu verbringenden Preisen verkauft werden muß, seine eigene Industrie durchzuführen. Die öffentliche Hand, Reich, Staat, Provinz, Kreis, Stadt und Gemeinde haben besonders darauf zu achten, daß alle von ihr aufgeführten Bauten nur mit (einkaufenden) deutschen Industrierzeugnissen errichtet werden und die Lieferung der Materialien nur durch deutsche Firmen erfolgt.

Weshalb war die deutsche Fensterglasindustrie nicht zu erhalten und weshalb arbeitete diese mit Verlust? Das französische-belgische Unternehmen verdient in Deutschland an Spiegelglas in solch ausserordentlichem Maße, daß es das Spiegelglas mit Verlust verkaufen konnte, und damit die deutschen Gläser, die nur Teufelskerle herstellen, vernichtet und alsdann aufkauft. Würde der Zoll für Schanfenfensterlässe über 200 cm breit von 72 RM. auf 30 RM. herabgesetzt, wäre es für die fremde Industrie unmöglich, solch enorme Gewinne wie in der bisherigen Weise zu erzielen. Der Weltmarktpreis würde alsdann ausgleichend wirken. In Deutschland sind noch einige kleinere Spiegelglasfabriken, die Maße bis 180 cm oder auch bis 200 cm breit herstellen können. Diese Maße hat der Kölner Verein im Preise ziemlich niedrig gesetzt, während er die Maße über 200 cm breit bedeutend höher stellt, wozu er dank seiner Monopolstellung in diesen Größen in die Lage versetzt ist. Diese Preispolitik kann nur durch Ermäßigung des Zolles für Gläser über 200 cm erfolgen. Ferner ist es erforderlich, daß eine deutsche Glasfabrik erhalten bleibt, die durch den fremden Truf nicht noch mehr im erhöhten Maße ausgebeutet werden soll.

Aus Bremen Stadt und Staat

Die Volkszeitung lügt

Die in der Freitagausgabe der „Bremser Volkszeitung“ gemachten Ausführungen sind unwahr. Als feinerer der Antrag von Dr. Gebert in einer Fraktionsitzung besprochen wurde, referierte hierüber Pg. Direktor Meyer, mit dem ich mich, ebenso wie mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Bött, Vorsitzenden Rat Dr. Müllerhausen, und Dr. v. Hohenberg, den drei damaligen Aufsichtsräten der Nordb. Städteklasse, in Verbindung setzte, um mir für die mir übertragene parlamentarische Bearbeitung der Angelegenheit ein objektives Urteil bilden zu können. Hierzu diente außerdem eine von den zuständigen Behörden vermittelte Besprechung mit Herrn Generaldirektor Probst vom Städteklasse-Kontrollrat. Pg. Dr. Meyer war der Verberzentrale Lloyd war mit vorher völlig unbekannt; unbekannt ist mir auch, ob er je der Partei oder einer ihrer Gliederungen Zuwendungen außer seinem Mitgliedsbeitrag gemacht hat. Daß wir im Gegensatz zu den verführerischen Behauptungen der „Volkszeitung“ nicht die Absicht verfolgten, der Verberzentrale Lloyd den Blatteintrag „auszuheben“, geht schon daraus hervor, daß wir in der entscheidenden Bürgerfraktion für den Antrag Dr. Geberts stimmten, wonach der Nordb. Städteklasse eine Probezeit bis 1935 verbleibt, innerhalb deren sich erweisen muß, auf welche Art der Staat sich in seinen Einnahmen günstigert.

H. Gattermann.

Der erste Fahrplan im überseeischen Luftverkehr.

Soeben veröffentlicht die Hamburg-Amerika Linie in Verbindung mit dem Luftschiffbau Zeppelin die Fahrpläne der vier ersten Luftschiffreisen 1932 auf der Strecke Friedrichshafen—Pernambuco:

Friedrichshafen ab Sonntag 9.30 Uhr	Pernambuco an Dienstag 23.30 Uhr	Pernambuco ab Freitag 1.30 Uhr	Friedrichshafen an Montag
20. März	22. März	23. März	24. März
3. April	5. April	8. April	11. April
17. April	19. April	22. April	25. April
1. Mai	3. Mai	6. Mai	9. Mai

Es ist Rühmlichkeit der Annahme nicht nur Tag und Stunde, sondern zum Teil selbst die Minutenzahl von Abfahrt und Ankunft auf einem Seewege von über 5000 km bekanntzugeben.

Es ist wieder das eine noch das andere. Es handelt sich hier nicht um Experimente, sondern um eine ausserordentliche Sache und hinter diesem Fahrplan steht nicht der Optimismus einer effektvollen Weltumweltung, sondern die Wissenschaft. Es ist die Wissenschaft der Meteorologie, die uns das Aufkommen erst als ein Meer zu erkennen ließ, ein Meer mit Strömungen und Schichten, ein Meer mit stillen Zonen und mit Sturmgebieten. Dieser junge Zweig der alten Wissenschaft hat der ozeanischen Luftschiffahrt die sicheren Fahrstrassen jenseits der Gefahrenzone aufgetan. Genau so gegründet auf wissenschaftliche Gesetze ist die Luftschiffahrt im Mittelmeer, die der Weg durchs Mittelmeer und der Kurs über den Ozean. Die „Marischgeschwindigkeit“ des Luftschiffes erlaubt genügende Kraftreserven der Motoren, um einen Sicherheitsfaktor der Pünktlichkeit in diesen Fahrplan einzubauen. Der Erfolg des ozeanischen Luftschiffverkehrs hängt heute, so gut wie völlig vom Fahrpreis ab. Und hier erleben wir die große Ueberraschung, die größte Preisreduzierung in dieser Zeit des Preisabbaus: kostete die Fahrt nach Südamerika vor einem Jahr 2000 Dollar, so wurde sie schon im Herbst des letzten Jahres auf 1000 Dollar herabgesetzt und heute fährt man erster Klasse durch die Luft über den Ozean für die beiderseits

Bremen marschiert

Mitgliederversammlung im Casino.

Am gestrigen Abend fand im Casino eine stark besuchte Mitgliederversammlung der NSDAP statt, in der die letzten Anweisungen für den entscheidenden Wahlkampf, der vor uns liegt, gegeben wurden.

Pg. Thiele berichtete zunächst über seine Eindrücke der letzten Reichstagsitzung, die bei dieser Reichstagsitzung zurückließ, daß dieser Reichstagsitzung zu keinen entscheidenden Beschlüssen mehr zusammengetreten. Pg. Thiele wies besonders auf die unglaublichen Entgleisungen des Reichstagslers Bräunig hin, die selbstverständlich einen Sturm der Entrüstung im ganzen Hause hervorgerufen hatten. Des weiteren sprach Pg. Thiele über die politische Lage in Bremen, die im wesentlichen dadurch gekennzeichnet sei, daß die Volkspartei entgegen aller Parteibefehle hier weiter auf das engste mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitete und darum von den Wählern nicht zu gegebener Zeit die rechte Antwort bekommen wird. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Aufstellungsergebnisse der Volkspartei in Berlin und im ganzen Reich hin, über die wir an anderer Stelle berichten. Nachdem Pg. Pfeiffer einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte und Pg. Kaiser sich gegen die Stellungnahme des

DSB-Vorstandes bedingte gewandt hatte, nahm Pg. von Scharf noch einmal das Wort, um mit aller Entschiedenheit den Eintrag der Kräfte der gesamten Parteigenossenschaft für die nächsten 12 Tage zu fordern. Kein Parteigenosse dürfe in diesen Tagen etwas anderes im Auge haben, als den Sieg unserer Bewegung. Kein Parteigenosse dürfe einen einzigen Abend bei unseren 30 Wahlversammlungen fehlen. Kein Parteigenosse dürfe verfallen, bei jeder Gelegenheit, die sich ihm bietet, durch mündliche Propaganda und durch Flugzettelverteilung für die Idee Adolf Hitlers zu werben. In diesem Wahlkampf ginge es nicht um irgendein politisches Ziel, auch nicht um die Person des Reichspräsidenten, sondern schließlich um die Entscheidung, ob die deutsche Nation weiter dem herrschenden System ausgeliefert sein soll, oder ob endlich die Möglichkeit geschaffen werden könne, mit dem Neubau des Dritten Reiches zu beginnen. Einst habe Herr Bormann zum Ausdruck gebracht, daß es sein fester Wille sei, daß Deutschland keine siegreiche Kriegsschlacht für immer freigeschlagen werde, heute aber sei es unser ebenso fester Wille, daß am 13. März das System für immer seine Flagge streiche.

In einstimmigem Kampfwillen sang die Mitgliedschaft das Horst-Wessel-Lied.

Kreistagung der Deutschen Turnerschaft

Der 5. Kreis der Deutschen Turnerschaft Untersee-Eins hatte zu seiner am Sonntag morgen stattgefundenen Kreistagung eingeladen. Zahlreiche Turner und Turnerinnen erschienen, jedoch der große Saal des Parkhauses bis auf den letzten Platz gefüllt war. Nachdem die internen Verbandsangelegenheiten erledigt waren, nahm Professor Probst, Bremen, das Wort zu seinem Vortrag: „Nichts ist ein Staat ohne ein Volk, — ein leeres Gefäß.“

„Die ewige Wahrheit dieses Satzes hat sich immer wieder im Wandel der Zeiten und Völker bestätigt. Die todbringende Krankheit, an der so viele mächtige Staatswesen zu Grunde gingen, war immer das Aufgeben des Volkstums, — der Internationalismus. — In deutschen Staaten die Seele lebendig werden zu lassen, ist unserer Zeit allererforderliche Aufgabe.“

Zu ihrer Lösung müssen wir endlich über das Reden von der Notwendigkeit der Gemeinschaft und Einigung zur freundschaftlichen und beglückenden Tat kommen.

In unseren Tagen ist in uns wieder die Sehnsucht laut geworden und tritt fordernd vor die Führer in Land und Staat. Und diese Sehnsucht nach dem, was deutsch ist, ist das erste Zeichen, daß im Volke noch

Deutschum und Deutschtum lebt. Vor hundert Jahren, in einer Zeit der Armut und Elend, schenkte Jahns uns sein „Deutsches Volkstum“. Er fand dies Wort Volkstum, er schuf das Wort: Turnen. Wenn

Volkstum aller Hilfe Inbegriff ist, dann ist

Turnen des Deutschtums erster Diener.

„Alle Erziehung ist nicht und eitel, die den Jüngling in dem öden Elend wahngeschaffener als Jermisch Weltbürgerlichkeit schweifen läßt und nicht im Vaterlande heimisch macht. In dem Glauben an die Kraft der Gemeinschaft lassen die Turner unbefürchtet die anderen lächeln und spötteln, weil sie erkannt haben, daß ihr einfaches Wesen reicher und wertvoller ist als Schall und

Schein. Die Bescheidenheit und Gerechtigkeit aber, mit der jeder Deutsche allen Fremden gegenübertritt, sie wird zum Mangel an Selbstachtung und Volksachtung und zur Ungerechtigkeit sogar gegen das eigene Volk und das eigene Volkstum. Darum heißt die Forderung: Von der Selbstbestimmung zum Selbstvertrauen, von der Volksachtung zum Volksbewußtsein.“

Wer kein deutsches Volkstum nicht liebt und pflegt, wer deutsche Sitte und deutsche Sprache nicht reinhält und achtet, der ist ein Schädling an Gegenwart und Zukunft seines deutschen Volkes. Wer gar von sich behauptet: Ich kenne kein Vaterland, der würde bei Engländern und Franzosen geachtet und umgesehen sein, — der gehört nicht in die deutsche Volksgemeinschaft.

Wir wollen Deutsche sein und keine Weltbürger!“

Wichtig für Seeleute

Seeleute, die vor dem 13. März in See gehen, können zur Reichspräsidentenwahl schon am 5. März und Seeleute, die nach dem 13. März in einen deutschen Hafen einlaufen, noch bis 18. März in folgenden Reihenfolge abstimmen: Königsberg i. Pr., Pillau, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Altona, Flensburg, Kiel, Cuxhaven, Bismarckhafen, Wilhelmshaven, Hamburg, Cuxhaven, Norddeutscher Kanal, Lübeck. In diesen Städten nehmen besondere Abstimmungsvorstände täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags Stimmabstimmungen entgegen. Der Seemann muß sich durch sein Seefahrtsbuch ausweisen und einen Stimmschein beifügen. Für den Durchgangsverkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal wird an der Hollenauer Schleuse ein Wahllokal eingerichtet, in dem vom 5. März vormittags 10 Uhr bis 13. März nachmittags 3 Uhr und vom 14. März vormittags 10 Uhr bis 18. März nachmittags 12 Uhr Tag und Nacht Seeleute ihre Stimme abgeben können.

Wählerlisten einsehen!

Preisermäßigung für die Formblätter des Postfachverkehrs tritt am 1. März in Kraft. Das Ueberweisungsgehalt kostet nur noch 55 Pf., das Schiedsgehalt 70 Pf., ferner kosten die Erhöhbewilligungen 100 Stüd 55 Pf., die Zahlungsanweisungen 100 Stüd 50 Pf., die gelben Schiedsbriefumschläge 50 Stüd 30 Pf. Auch für die von den Postfachämtern gelieferten Zahlkarten und Formblätter mit anhängender Zahlkarte gelten bei Abnahme von 400 Stüd an ermäßigte Preise, über die die Postfachämter Auskunft erteilen. Auslandspostverkehr. Nach einer Mitteilung der türkischen Postverwaltung dürfen Waren in Postpaketen nach der Türkei nicht mehr eingeführt werden. Aus diesem Grunde ist der Postpaketverkehr nach diesem Lande eingestellt worden.

Im Verkehr mit der Argentinischen Republik sind Briefsendungen mit Büchern oder Hefen nicht mit dem grünen Zollettel zu belieben, selbst wenn sie vollständig sind.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Carl von Scharf; für den Anzeigenteil: H. Kaftens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist für die Rückführung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. Druck: Weiser-Druckerei Bremen.

Stadttheater

Die Wälfäre von R. Wagner.

Nach einer vorzüglichen, in sich geschlossenen Aufführung des „Rheingold“ nahm am Sonntagabend der 2. Zyklus des Rings mit der Wälfäre seinen Fortgang. Für unsere durch Krankheit verminderte einheimische Vertreterin der Siegfunde sang Frä. S. u. a. vom Stadttheater in Hamburg die Wälfäre. Vermöge ihrer sympathischen, ausdrucksfähigen Stimme und ihres tiefvergeisterten, feinsten Spielgesanges gelang es dieser ausgezeichneten Künstlerin im Verein mit dem prächtigen Ensemble Herrn Barons, die Wälfäre in der Art des Abends zu gestalten. Im übrigen bot die Aufführung unter Herrn Dammers bewährter Leitung und Herrn Seiffert's großartiger Regie mit Herrn Thement als Götterdämon von ganz großem Gepräge, Frau Rollers herrlicher Brünhilde, Fräulein Penes hoheitsvoller Frida und Herrn Schweinsberg's vorzüglichem Hunding sehr viel des Schönen und Erhebenden und fand von Seite der Hörer die wohlverdiente, in reichem Beifall sich äußernde Anerkennung. Auf einige Kleinigkeiten, die aber im Rahmen des großen Ganzen störend wirkten, sei hiermit hingewiesen. Warum behält Hunding im „eigenen Hause“, nachdem er Schild und Speer abgelegt hat, seinen Helm auf? Um jene Zeit trugen die Germanen das Haar zu einem Schopf ge-

staltet, außerdem waren sie blond. Bei Hagen als Sohn des Nibelungen ist das schwarze Haar gerechtfertigt, nicht so bei Hunding. Ferner muß der Schwertkampf in der Erde stumm ausfallen, ehe Siegmund singt: „Was gleicht dort hell im Glimmerlicht?“ und darf die Beleuchtung nicht erst drei Takte später einleuchten. Kleinigkeiten — aber doch!

In Bezug auf die dilatatorische Behandlung der für jeden einzelnen Künstler wie für das kulturelle Leben unserer Hansestadt Bremen so brennend gewordenen Existenzfrage des Stadttheaters kann man nur den Kopf schüttern. Wir fordern die maßgebenden Stellen auf, zu dieser vordringlichen Frage nunmehr endlich Stellung zu nehmen.

Viederabend Maria Lauterbach.

Auf dem Podium des kleinen Gladenalles steht ein junges Mädchen, armutig und bescheiden, Maria Lauterbach, und spendet der zahlreichen Hörerschaft voll Unbefangenen aus dem Füllhorn ihrer Vieder die schönsten Gaben, darunter Gefänge, die man in Bremen noch nicht gehört hatte, wie die drei Vieder mit „Blüte“, „Madonna im Abend“, „Arm Seelen“, „Im Frühling“ von Pombaur, sowie die stimmungsvollen schottischen Lieder „Rehrt die Herde heim“, „Vor der Stadt Edinburg“, „Mein Herz ist im Hochland“, „Der Pfeifer von Dundee“ von McPherson. Die erst zwanzigjährige Künstlerin, die es mit frischem Wagemut unternahm, mit

einem Viederabend vor die verwöhnte, kritische Öffentlichkeit zu treten, sang sich bereits mit den beiden ersten Vieren älteren italienischen Stils, die ihr reichliche Gelegenheit gaben, ihr schönes und großes gesangliches Können zu zeigen, in die Herzen der Hörer. Zu dieser Wirkung trug aber neben dem Technischen vor allem ihr langvoller, weitpaukender Sopran bei, der ebenso fähig wie modulationsfähig ihr gestattet, die wohlausgeglichenen Register für alle Akzente im Lied, vom verhaltenen Piano in der Höhe bis zum gesteigerten Affekt im Fortissimo zu gebrauchen. Ueberhaupt verrät die Stimme eine ausgezeichnete Schulung und Kultur, die Aufmerksamkeit ist ganz vorzüglich und gestattet der Sängerin, auch am Schluß einer längeren Phrase noch eine Steigerung anzubringen. Gefänge wie das anspruchsvolle „Höre, Israel“ von Elias Mendelssohn und das selten gehörte „Kügel, Kügel“ von Schumann gelangen der Künstlerin vorzüglich. Zu schönster Wirkung brachte sie das innige und seelenvolle „Stille Tränen“, „Der Abendstern“ von Schumann, das stimmungsvolle untermalte „Rehrt die Herde heim“, sowie das volkstümliche launige „Vor der Stadt Edinburg“. Vieder, die ihr Gelegenheit gaben, neben ihrem Können auch ihre Seele zu zeigen. Die restlos befriedigte Hörerschaft spendet der Künstlerin wohlverdienten, reichen Beifall; auch Blumen gab es die Fülle, so daß der Abend für Frä. Maria Lauterbach zu einem einzigen schönen Erfolg wurde, an

dem auch ihre Begleiterin, Frä. Kühle, durch ihre feine Einfühlung in den Geist der Gefänge und Herr Professor Kratz als Meister auf der Flöte reichlichen Anteil hatten. Erwähnt sei noch, daß Frä. Lauterbach Schülerin von Frau Sella Krensch-Sauer ist, und jahrelanges geschätztes Mitglied des Domchor's sowie der Hentheffer'schen Opernschule war.

Will Eilers.

Dreundzwanzig aus USA. Die nächste öffentliche Wiederholung des historischen Artistenpaars von Sellmuth Unge findet heute, Dienstag, den 1. März, im Stadttheater statt. Es zeigt sich, daß der nachhaltige Erfolg der Uraufführung weit über lokale Bedeutung hinausging. Der dichterische Wert und die erschütternde Bühnenwirkung der „Dreundzwanzig“ werden von der Presse jeder Richtung in allen Großstädten anerkannt und die literarische Entdeckung wie der Wert der Bremer Aufführung besonders betont. U. a. geschrieben über die Uraufführung die führenden Blätter von Berlin, Hamburg, Oldenburg, Stuttgart, Frankfurt, Wiesbaden, Karlsruhe, Mannheim, München u. a. Das Schauspiel, das inzwischen auch mit starkem Erfolg in Begleitung gegeben wurde, ist von den meisten Besucherorganisationen des Stadttheaters angenommen worden. Die nächste öffentliche Aufführung findet heute, Dienstagabend, statt. Dem guten, fauberen, erschütternden Stück wäre auch weiterhin ein lautes Echo im Publikum zu wünschen.

Eine „Berichtigung“

In Folgendem bringen wir eine Berichtigung zum Abdruck, die uns Herr Bodelmann zulegt. Wir bedauern, daß durch das Pamphlet der „Volkszeitung“, dem wir entgegengetreten mußten, sich öffentliche Auseinandersetzungen mit Herrn Bodelmann ergeben, mit denen wir während unserer Zusammenarbeit nicht rechnen konnten. Die Berichtigung hat folgenden Wortlaut:

Es ist unklar, daß es deshalb notwendig war, daß die „B.Z.“ sich einen anderen Drucker wählte, weil Geschäftsbriefe an die Druckerfirma Bodelmann den Weg zur „Volkszeitung“ fanden.

Richtig ist, daß niemals irgend eine schriftliche oder mündliche Mitteilung der „B.Z.“

oder von Mitgliedern der SEDAP. durch meine Schuld den Weg zur „Volkszeitung“ fanden. Dasselbe gilt auch für meine Angehörigen.

Richtig ist, daß der Inhaber einer großen Bremer Firma oder dessen Angestellter den ihnen vertraulich zu treuen Händen überlassenen Brief an mich abschriftlich der Redaktion der „Volkszeitung“ zugeföhrt haben müssen. Für diesen Treubruch bin ich nicht verantwortlich. Ich mußte den Brief der Firma zum Beweise dafür zeigen, daß ich von der „B.Z.“ damals noch ein Guthaben von Rm. 2543,40 zu verlangen hatte.

Es ist unrichtig, daß die „B.Z.“ mir stets innerhalb einer Frist von 14 Tagen bis 3 Wochen nach Rechnungslegung die Druckerrechnung bezahlte.

Wahr ist, die „B.Z.“ hat entgegen ihres Versprechens stets nur auf wiederholten Mahnungen die Druckerrechnungen in unzureichenden Raten abgetragen, so daß beim Verbot der „B.Z.“ mein Guthaben noch Rm. 2543,40 betrug.

Siezu bemerken wir. Wir haben in unserem Abwehrartikel gegen die „Volkszeitung“ nicht behauptet, daß wir aus dem oben angegebenen Grunde den Drucker gewechselt haben. Wir haben lediglich festgestellt, daß uns der Brief in der „Volkszeitung“ erhaltene Brief eine Befähigung für die Richtigkeit unseres Hanswagens in die Redaktion der „Volkszeitung“ gekommen ist, bleibt für uns gleichgültig.

Wenn Herr Bodelmann dann behauptet,

daß wir nicht innerhalb von 14 Tagen bis 3 Wochen unsere Rechnung in laufenden a conto-Zahlungen begleichen haben, so widerspricht sich die Berichtigung durch Angabe des Schlußsatzes von selbst dem dieser Betrag ist noch nicht so hoch, wie zwei durchschnittliche Wochenrechnungen zusammen und so ergibt dieser Saldo daß wir an dem Verbotstage noch nicht einmal 14 Tage im Rückstand waren.

Amstlicher Wetterbericht.

Vorauslage für den 2. März: Mäßiger bis früher Südost. Zunehmende Bewölkung, noch Nachtfrost, tags um 0. Vereingelte Schneefälle. Ausblick für den 3. März: Zunehmende Trübung und Temperatur angenehmer.

Kauft nur Qualität
Kauft im
Schuhhaus Wachendorf
Ostertorsteinweg 49 - beim Schauspielhaus
Filiale: Hess-Schuhe, Obernstraße 22-24

Hier mirbt der Einzelhandel

Konfirmanden-Hüte
für Mädchen und Knaben
Gerlof & Wupperföhrt
Eckhaus Lützowstraße 134/36

Betten
AUSSTEUER-ARTIKEL
Pg. Georg Löbe
Lützowstraße 85/87

Zur Konfirmation:
Oberhemden, Krawatten, Handschuhe, Socken etc.
Hugo Weber Wwe.
Lützowstraße 76 — Wener 85352

Ronnings Kaffee
Tee / Kakao / Schokolade
Meta Engelke
Kl. Meinkenstraße, Ecke Häfen

Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte
E. Steuber, Haferkamp 79

UHREN - GOLDWAREN
BESTECKE
Wilh. Böhring
Osterstraße 39

Hans Schierloh
Parteigenosse
Habenhausen, Fernsprecher 40083
Deutscher Bienenhonig

Schokolade
Pralinen, Keks, Kaffee, Tee, Kakao
stets frisch in bekannter Güte
LUISE GENTEMANN
Häfen 79, Domsheide 25210

Im Zeichen
des Umzuges
gerade jetzt, wenn Sie
an die Neuanschaffung Ihrer
Gardinen
u. Fensterdekorationen
denken müssen, möchten wir Ihnen
zeigen, daß wir mehr bieten — nicht
nur durch die Herstellung in unserer
eigenen Weberei und unseren
Gardinenfabriken, sowie die
Reichhaltigkeit unserer Auswahl
und Schönheit der
Mustern, sondern vor allem,
weil wir verstehen, die **hohe**
Qualität unserer Erzeugnisse
mit **äußerster**
Preiswürdigkeit zu
vereinigen.

Eugen Kentner A.G.
Mech. Weberei Gardinenfabriken

Prima Ochsenfleisch
aus eigener Hausschlachtung. BILLIG
Bestellungen erbittet bis Donnerstag
Pg. Garbade
Nieder-Blockland Nr. 25
Kolonialwaren
Eier — Butter
Pg. Alb. Schröder
Ostertorsteinweg 19

Insertiert
in der
B N Z

Stadtheater

Heute
Dienstag, 15.30 Uhr: Geschl.
Vorstellung für Erwerbslose.
20 Uhr, 131. Abonnements-Vorst.:
Der große Schauspiel-Erfolg
„23 aus U. S. A.“
Mittwoch, 20 Uhr, 132. Ab.-V.
Die Kaiserin

Donnerstag, 18.30 Uhr,
133. Abonn.-Vorst. 3. Vorstellung
im Wagner-Festspiel
Der Ring des Nibelungen
Zweiter Tag:

Siegfried
Freitag, 19.30 Uhr: Geschl.
Vorstellung f. d. Goethe-Bund.
Sonabend, 20 Uhr, 24. Vorstellung
außer Abonnement:
Erste Feste-Vorstellung für den
Verein Bremer Presse

Erkennungsführung
in der Neueinrichtung
von Professor Reinhardt
Die schöne Helena

Samstag, 15 Uhr:
56. Nachmittags-Vorstellung:
Einmalige vollständige Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen
Robert und Bertram
20 Uhr, 25. Vorst. außer Abonn.:
Zweite Festvorstellung
für den Verein Bremer Presse
Die schöne Helena

In den Centralhallen
S a f e r n a t e
Vollständige Vorstellungen des
Stadtheaters
Donnerstag, den 3. März 1932
20.15 Uhr:

Nach dem großen Erfolge
Mein Leopold
Vollständ. in 3 Akten
von U. v. Wonge,
Musik von R. Blal — G. Jonas
mit Gesangs- und Tanzsolisten.
Kleine Preise:
20 Pf., 1.—, 1.50, 2.—, 3.—

Verlangte

Tüchtige
Vertreter
gesucht bei höchster
Provision, für unsere ersten
Kontrollen, Jalous, Mark-
tis, Verdunkelungs-An-
Gellrich & Co.
Neurode.

Stellengesuche

Friseur gehilfe
SA-Mann, 24 Jahre
sucht b. nat. gesinnt.
Meister Stellung.
Ang. u. U 305 b. V.

Langj. Schneiderin
prima Referenzen
wünscht noch
Beschäftigung.
Ang. u. V 306 b. V.

Pg. gelernt. Klemp-
ner Rohrschl. (Mei-
stertitel) i. Heizungs-
anl. u. Bedien. der-
selben bewandert, in
elektr. Anl. nicht un-
erf., gepr. Fahrstuhl,
sucht Beschäftig. in
jed. gewerb. Art,
auch Gartenarb. In-
standh. usw., bei ma-
ßigen Ansprüchen,
ev. auch n. außerh.
Ang. u. S 303 b. V.

Mietgesuche

Ingenieur sucht
2-2 1/2 Zim. (Wohn.)
Zubehör. Mögl. mit
Telefon, zum 1.5.32.
Ang. u. T 804 b. V.

Kauft nicht in Warenhäusern!

Kranke Parteigenossen

die mit Auto zur Wahl gefahren werden
müssen, geben **sofort** ihre Anschrift an
den Wahlleiter Pg. v. Scharf.
Geschäftsstelle der B. N. Z.
Papenstraße 15

Abholung der Parteigenossen am
Wahltag erfolgt vormittags!

Am Wahltag nicht in Bremen anwesend?

**Dann sofort Wahl-
schein besorgen!**

Massen - Versammlungen Wir trommeln: Heute, 1. März 20.30 Uhr:

St. Pauli-Restaurant - Horn

Redner: Pg. v. Scharf.
Thema: Hochperräter von gestern, Hochperräter von heute.

Restaurant Hilker, Hemmstraße

Redner: Pg. Wöl. Thema: Schluß mit dem Alten, wählt Hitler.

Concordia - Schwachhauserheerstraße

Redner: Dr. v. Heymann.
Thema: Soll um Bonzensessel Deutschlands Zukunft aufs Spiel
gesetzt werden?

Eintritt f. alle Veranstaltungen 30 Pf., f. Arbeitslose u. Kriegsbesch. 10 Pf.



STALLMANN & HARDER WALL - THEATERPLATZ

Vor Ihren Einkäufen in Kleiderstoffen und Damenputz erhalten
Sie die sichersten Aufschlüsse über Modernrichtung, Qualitäten und
Preise durch unsere sieben Auslagen am Theaterplatz. Außerdem
erhalten Sie bessere und schönere Waren zu billigen Preisen.



KLEIDERSTOFFE · DAMENPUTZ

